



Antiimperialistisches Informationsbulletin

Informationen über antiimperialistische
Bewegungen Asiens, Afrikas und Lateinamerikas

Chile Solidarität

Tag der Freiwilligenarbeit

27. Mai

CHILE

G. Ravest, Zur Bedeutung des 27. Mai
Zeugenaussage von Helsinki

PORTUGAL

Aktuelle Lage und Kolonialfrage

IRAK

Die Ereignisse in Kurdistan,
Einschätzung und Dokumente zur
Kurdenfrage

REPUBLIK SÜDVIETNAM

Sechs-Punkte-Plan der PRR

KAMBODSCHA

Interview mit der GRUNK-Vertreterin,
Poc Mona

Mai
Nr. 5/1974

DM 1,50



Inhaltsverzeichnis:

AIB-Aktuell

Umsturz in Portugal und die Kolonialfrage S. 3 – 4

Chile

Guillermo Ravest
Der 27. Mai: Tag der Freiwilligenarbeit im Chile der Volkseinheit S. 5 – 7

Internationale Kommission zur Untersuchung der Verbrechen in Chile,
Helsinki 21.–24. 3. 1974
Zeugenaussage von Ubiramar Peixoto S. 8 – 9

Friedensbewegung

Wilhelm Breuer
25 Jahre Weltfriedensbewegung S. 9 – 12

Irak

Wolfram Bröner
Zu den Ereignissen in Irakisch-Kurdistan S. 12 – 14

Irakische Kommunistische Partei
Die Ursachen der aktuellen Auseinandersetzung um die Lösung der Kurdenfrage S. 14 – 19

Gesetz über die Autonomie der kurdischen Region, 11. März 1974 S. 19 – 22

Kambodscha

AIB-Interview mit Frau Poc Mona (Teil 1) S. 22 – 25

Anerkennung der GRUNK durch 57 Staaten S. 24

Republik Südvietnam

6-Punkte-Plan der Provisorischen Revolutionären Regierung S. 26 – 29

Angola/Guinea Bissau/Mocambique

Alfons I. Bresche
Bericht von der Osterkonferenz S. 29 – 30

Kurzinformation

Iran-BRD / Ägypten / Israel-Syrien / Bolivien S. 31 – 32

IMPRESSUM:

Antiimperialistisches Informationsbulletin
Erscheint in der Weltkreis-Verlags GmbH,
46 Dortmund

Herausgeber: Wilhelm Breuer, Jutta von Freyberg, Bernd Hartmann, Georg Kwiatowski, Herbert Lederer, Steffen Lehdorff, Rolf J. Priemer, Barbara Schilling, Gabriele Sprigath, Kurt Steinhaus, Christel Streubel, Frank Werkmeister, Erich Wulff.

Redaktionskollektiv: Gabi Bröner (presserechtlich verantwortlich), Wolfram Bröner, Jutta von Freyberg, Barbara Schilling, Frank Werkmeister.

Anschrift der Redaktion: 355 Marburg/L., Liebigstr. 46, Tel. 0 64 21 / 2 46 72.
Postscheckkonto 312093-607 Psch.A Frankfurt/M., Weltkreis Verlag, Sonderkonto AIB, 46 Dortmund, Brüderweg 16.

Erscheinungsweise: monatlich

Abdruck bei Quellenangabe und Zusendung von 2 Belegexemplaren gestattet.

Druck: W. J. Becker, Marburg

Neben Herausgebern und Redaktionsmitgliedern beteiligten sich an der Arbeit für diese Nummer:

D. Fendt, G. Giesenfeld, H. Hebel-Kunze, O. Jäckel, D. Joester, G. Ravest, G. und W. J. Scheer, B. Schwiening, M. Wuliger.

Redaktionsschluß dieser Nummer: 18. 5. 1974

Bitte beachten Sie unsere Anzeige:

– Chile-Report der Sozialistischen Internationale

Bestellung

Antiimperialistisches Informationsbulletin

Einzelpreis: 1,50 DM

Jahresabonnement: 15,00 DM einschl. Porto

Bei Abnahme von mehr als 10 Exemplaren 33% Ermäßigung

Bestellungen an:

Antiimperialistisches Informationsbulletin,
355 Marburg/L., Liebigstr. 46, Tel. 06421/24672.
Postscheckkonto 312093-607 PSchA Frankfurt/M.
Weltkreis Verlag, Sonderkonto AIB,
46 Dortmund, Brüderweg 16.

Umsturz in Portugal und die Kolonialfrage

Mit dem Sturz der faschistischen Diktatur Caetanos und der Machtübernahme durch einen Militärerrat um General Spinoza am 25. April trat in Portugal eine radikale Veränderung der politischen Lage ein. In den ersten 18 Tagen nach dem militärischen Umsturz wurde eine Reihe demokratischer Sofortmaßnahmen in Gang gesetzt, so die Auflösung der berüchtigten faschistischen Geheimpolizei PIDE und der staats-tragenden Partei "Nationale Volksaktion" (ANP), die Freilassung der abertausenden politischen Gefangenen, die Amnestie für 100.000 Deserteurere und Kriegsdienstverweigerer, die Aufhebung der Pressezensur, die Zulassung freier Gewerkschaften sowie die Zusicherung des Streikrechts, die faktische Legalisierung aller demokratischen Parteien und die Ankündigung baldiger Wahlen zu einer verfassungsgebenden Volksversammlung. Eine Provisorische Regierung aus Liberalen, Christdemokraten, Sozialisten und Kommunisten wurde gebildet.

zer Exkurs über die bestimmenden Ursachen und Faktoren des militärischen Umsturzes deutlich:

Im März 1974 führten die Affäre um General Spinozas Kritik an der Kolonialpolitik und die wachsende Unzufriedenheit in der Armee zu einer enormen Zuspitzung der Lissabonner Staatskrise. Zunehmende Erfolge der nationalen Befreiungsbewegungen - zuletzt die Proklamation und weltweite Anerkennung der Republik

Guinea-Bissau - sowie das absehbare Scheitern der portugiesischen Kolonialkriegsziele hatten die Lunte zum Glimmen gebracht.

Eine durch erdrückende Kriegslasten (1973 fast 50% des Staatsbudgets) angeheizte Inflationentwicklung verschärfte die wirtschaftliche Krisensituation des "Armenhauses Europas" und beschleunigte den Verelendungsprozeß sowie die erhöhte Kampfbereitschaft der werktätigen Massen, die sich 1974 in einer mona-



Die Führer der Sozialistischen und der Kommunistischen Partei Portugals Mario Soares (Foto links) und Alvaro Cunhal (Foto Mitte) legten nach ihrer Rückkehr aus dem Exil ein gemeinsames Programm der portugiesischen Linken vor.

Der Erfolg dieser antifaschistischen Bewegung wird in erster Linie davon abhängen, ob es gelingt:

- die Aktionseinheit der Volkseinheitsbewegung und der demokratischen Bewegung in den Streitkräften zu festigen;
- die in zahlreichen Kommandostellen von Staat, Armee und Wirtschaft verbliebenen konservativ-faschistischen Kräfte vollständig auszuschalten und damit der akuten Gefahr der Konterrevolution zu begegnen;
- die beiden Hauptaufgaben der gegenwärtigen Kampfetappe, die Festigung der Demokratie und die Beendigung des Kolonialkrieges, zu realisieren.

Kolonialkrieg als auslösendes Moment

Daß der schnellstmöglichen Lösung der Kolonialfrage eine erstrangige Bedeutung für Portugals Perspektive zukommt, macht ein kur-

telangen Streikwelle der Arbeiterklasse niederschlug.

Der 1973 sichtbare Aufschwung einer von der Demokratischen Einheitsbewegung MDP (ihr gehören Kommunisten, Sozialisten und Linkskatholiken an) angeführten Massenbewegung für soziale und politische Rechte und gegen den Kolonialkrieg, erfaßte schließlich in großem Umfang die Streitkräfte.

In mehr als 50 militärischen Einheiten war es seit Anfang 1973 zu verschiedensten Widerstandsaktionen von Soldaten, Unteroffizieren und jungen Polizeioffizieren gekommen. Ebenso wuchs die "Bewegung der Hauptleute" seit Mitte 1973 zu einer breiten Bewegung, die zur organisatorischen Basis des Aprilaufstandes wurde. Im Zuge der sich zuspitzenden Krise des Regimes und des Aufschwungs der Volkskämpfe setzte sich in der Armee der Gedanke durch: Die Streitkräfte sollten eingreifen, um dem Kolonialkrieg und der faschistischen Diktatur

ein Ende zu bereiten.

Unterschiedliche Positionen zur Lösung der kolonialen Frage

Doch bestehen gerade in der Frage der Lösung des Kolonialproblems erhebliche Meinungsverschiedenheiten zwischen Führungspersönlichkeiten des Militärrates einerseits sowie der portugiesischen Linken und den Befreiungsbewegungen andererseits.

General Spínola verfügte zwar die Entlassung Tausender politischer Gefangener in Angola und Moçambique. Er unterband jedoch noch nicht die anhaltenden Bombardierungen der befreiten Gebiete in Guinea-Bissau und scheint nach wie vor auf seiner These von der "Selbstbestimmung der Überseegebiete im Rahmen einer portugiesischen Konföderation" zu beharren. Dem entspricht auch die Aufforderung an die Befreiungsorganisationen durch den Lissabonner Militärtrat, sie sollten ihre Kampfhandlungen einstellen und sich als "legale politische Parteien" konstituieren. Der zweite Mann des Militärrates, General Gomes, meldete darüber hinaus am 12.5. Zweifel an, ob die "Parteien, die uns bekämpfen", die Völker von Angola, Moçambique und Guinea-Bissau wirklich repräsentierten.

Demgegenüber fordern die Repräsentanten der Demokratischen Bewegung Portugals' (MDP) die sofortige Beendigung aller 3 Kolonialkriege, die Anerkennung des Staates Republik Guinea-Bissau, die rascheste Aufnahme von Verhandlungen mit der FRELIMO und MPLA sowie die Gewährung der vollen Unabhängigkeit für die afrikanischen Völker.

In einer Erklärung der Kommunistischen Partei (PKP) vom 28.4. werden "jegliche Projekte, die darauf abzielen, die portugiesische Kolonialherrschaft in neuen Formen zu erhalten" energisch zurückgewiesen. Vielmehr besteht die PKP "auf der unverzüglichen Aufnahme von Verhandlungen über die baldigste Einstellung der Kolonialkriege sowie auf der Anerkennung des Rechts der unter der Herrschaft des portugiesischen Kolonialismus befindlichen Völker auf sofortige und vollständige Unabhängigkeit". Der Generalsekretär der Sozialistischen Partei (PSP), M. Soares, warnte vor der nicht zu verharmlosenden Gefahr der sezessionistischen Gründung eines "rassistischen Staates der weißen portugiesischen Siedler".

Haltung der Befreiungsbewegungen

Angesichts der soeben bekanntgegebenen

Gründung einer entsprechenden Rassistenbewegung, der "FICO-Internationale Front für westliche Solidarität" in Moçambique, unterstrich die FRELIMO, daß es "reaktionären und faschistischen Elementen" nicht gelingen dürfe, nach dem Beispiel Rhodesiens eine "sogenannte Unabhängigkeit in Moçambique" zu proklamieren. Gleichzeitig erklärte die FRELIMO ihre Bereitschaft zu Verhandlungen mit der neuen portugiesischen Regierung, wenn diese "begreife, daß nur die Anerkennung der Unabhängigkeit des Volkes von Moçambique, geführt von der FRELIMO, der legitimen Volksvertretung, den Krieg beenden kann".

Ebenso erklärte A. Neto für die MPLA: "Wir sind zu Verhandlungen mit den neuen portugiesischen Machthabern bereit, wenn von Anfang an unser Recht auf Unabhängigkeit anerkannt wird".

Die PAIGC hatte bereits am 25. April d.J. angekündigt, sie werde zur Unterstützung des portugiesischen Volkes und der "gesunden Kräfte in der Armee", ihren "Kampf um die nationale Befreiung verstärken", um das Ende der Kolonialherrschaft schneller herbeizuführen.

In Anbetracht der Kompliziertheit der gegenwärtigen Situation wäre nichts unangebrachter als eine passive, abwartende Haltung der antiimperialistischen Solidaritätsbewegung mit den afrikanischen Völkern. Denn: Weder ist die Gewährung der vollen nationalen Unabhängigkeit noch ein rasches Ende der Kampfhandlungen in Guinea-Bissau, Moçambique und Angola heute abzusehen. Auch besteht kein Grund dafür, die Kernforderungen der Solidaritätsbewegung einer Revision zu unterziehen. Solange Portugal den kolonial unterdrückten Völkern nicht die volle nationale Unabhängigkeit gewährt, solange der Kampf um eine gerechte Lösung der Kolonialfrage in Afrika und in Portugal selbst andauert, bleibt die aktive materielle und politische Solidarität mit den afrikanischen Völkern und ihren Befreiungsorganisationen ein dringendes Erfordernis. Da die Bundesregierung aus der veränderten politischen Lage in Portugal noch immer keine Konsequenzen gezogen hat, ergibt sich für die westdeutsche Solidaritätsbewegung die Notwendigkeit, ihre Aktivitäten für die unverzügliche Einstellung der BRD-Militärhilfe an Portugal, für die Anerkennung der Republik Guinea-Bissau sowie der Befreiungsorganisationen FRELIMO und MPLA als legitime Vertreter ihrer Völker gerade jetzt zu intensivieren.



Auf der Lissaboner Demonstration zum 1. Mai stand die Forderung nach der Beendigung des Kolonialkrieges mit im Vordergrund. Auf diesem Transparent zerschlägt ein Soldat der Bewegung der Streitkräfte (MPA) das Symbol der portugiesischen Faschisten, den Mast mit der Hakenkreuzfahne.

Chile

Guillermo Ravest

Der 27. Mai: Tag der Freiwilligen Arbeit im Chile der Volkseinheit

Guillermo Ravest, ehemaliger Intendant des chilenischen Rundfunks Magallanes-Chile, konnte der Verfolgung durch die Junta entgehen und ins Ausland flüchten. Er lebt heute in der BRD.

"Chile" - so stand es im Grundsatzprogramm der Unidad Popular zu Beginn des Jahres 1970 - "erlebt eine tiefe Krise, die sichtbar wird in sozialer und wirtschaftlicher Stagnation, allgemeiner Armut und in allen Formen der Diskriminierung von Arbeitern, Bauern und anderen ausgebeuteten Schichten; in den Schwierigkeiten, vor denen Angestellte, Intellektuelle Klein- und Mittelunternehmer stehen sowie in den minimalen Möglichkeiten, über die die Frauen und Jugendlichen verfügen." Und diese Feststellung der Unidad Popular war nicht nur eine Wahlparole.

Elend und Abhängigkeit

Einige nüchterne Daten geben Aufschluß über die Lage einer Volkswirtschaft, deren Produktivkräfte brachlagen, die vom Ausland abhängig war, die unter einer harten kapitalistischen Ausbeutung litt und auf dem Lande nahezu feudalistische Merkmale aufwies: So kontrollierten z.B. 2% der Bevölkerung 46% des gesamten Nationaleinkommens, während 60% der chilenischen Familien einen Lohn unter dem Niveau der sogenannten Minimallöhne (weniger als 50 US-Dollar im Monat) erhielten, dessen Gesamtbetrag nur 17% des Nationaleinkommens ausmachte.

Die Konzentration des Kapitals war erschütternd:

- 78% der gesamten Aktiva befanden sich in den Händen von 17% aller Aktiengesellschaften,
- 1% von 35.000 Unternehmen konzentrierte 60% der Produktion auf sich.

Darüber hinaus gab es

- ein Wohnungsdefizit von 500.000 Einheiten,
- die Rate der Kindersterblichkeit betrug etwa 10,5%,
- von 3,5 Mio Erwerbstätigen waren 10% arbeitslos.

In weniger als 12 Monaten wandelte sich dieses Bild grundsätzlich. Der Sektor der Volkswirtschaft, der in gesellschaftliche Verfügungsgewalt übergang und damit zur Stütze



der staatlichen Wirtschaftsleitung wurde, erreichte eine ungeheure Steigerung und Ende 1971 betrug sein Anteil am Nationaleinkommen 20%. Die Latifundien wurden völlig beseitigt. Die Privatbanken verschwanden, und das Kreditwesen entwickelte sich zu einem wichtigen Hebel für die Entwicklung des Landes. Das nationale Bruttoprodukt stieg von 3,7% (Jahresdurchschnitt von 1966 bis 1970) auf 8,5% im ersten Regierungsjahr der Unidad Popular.

Es blüht das Neue

Diese wenigen Angaben weisen zugleich über rein ökonomische Fragen hinaus. Im Herzen Chiles entstand eine neue Lebenskonzeption, ein neues Verhältnis zur Arbeit. Und diese Umwandlung zeigt sich in beeindruckenden neuen Erscheinungsformen:

- in einer gewaltigen Beteiligung des Volkes an der Leitung der Volkswirtschaft,
- in einem neuen gesellschaftlichen Verhalten, da die Arbeiter und das gesamte Volk spürten, wie sich ihre schöpferische Kraft und Macht in ein Instrument zur Befreiung von Armut und Unwissenheit verwandelte.

Und so wurden die unter der christlich-demokratischen Regierung Eduardo Frei schwachen und parteigebundenen Formen der freiwilligen Arbeit mit der Regierungsübernahme der Unidad Popular zu einer kraftvollen Massenbewegung. Vor allem waren es die Jugendlichen, die diese neue Bewegung mit größtem Enthusiasmus aufgriffen. Sie standen aber nicht allein. Auch die Arbeiter des neuen gesellschaftlichen Sektors und die Bauern der reformierten Landwirtschaft machten sie sich zu eigen.

Zu Anfang war es für die Studenten eine Ehrenaufgabe, ihre Ferien für die freiwillige Arbeit zu "opfern"; sie gingen im Sommer 1971 auf die Felder, in die Kupferminen und in die Betriebe, voller Freude und Lebenslust. Man baute Spielplätze, half beim Bau von Arbeiterwohnungen oder bei der Ernte. Ein wichtiger Teil der studentischen Aktivitäten bestand

Die Abkommen der Studentenverbände mit staatlichen Institutionen - z.B. der Körperschaft für Agrarreform (CORA) - zur Durchführung der freiwilligen Arbeit haben die Bedürfnisse des verstaatlichten Sektors der Volkswirtschaft voll berücksichtigt. Auf diese Weise wurden große Aufgaben, wie der Aufbau von Anlagen für die Hähnchenproduktion, ausschließlich durch den freiwilligen Arbeitseinsatz bewältigt. Hunderte von Anlagen dieser Art wurden von den Jugendlichen erbaut.

Diese geplanten Aktionen trugen zur Diversifizierung der landwirtschaftlichen Produktion bei. So konnten beispielsweise höhere Mengen an Hühnerfleisch angeboten werden, um die durch die wachsende Kaufkraft der Massen gestiegene Nachfrage zu befriedigen.

Im Sommer 1972 wurden im Rahmen der freiwilligen Arbeit - für chilenische Verhältnisse



immer noch in der ehrenvollen Aufgabe, die kulturell zurückgebliebenen Teile der Bevölkerung zu alphabetisieren.

Aber es war eine qualitative Veränderung im Vergleich zu der freiwilligen Arbeit der vorigen Jahre zu bemerken. Nunmehr gingen die Jugendlichen in die Betriebe und aufs Land ohne Überheblichkeit, um den Arbeitern und Bauern wirklich zu helfen und nicht, um sie "politisch zu belehren".

Geplante Freiwilligeneinsätze

Durch die Erfahrungen der freiwilligen Arbeit an den Wochenenden und durch eine adäquate Planung erreichte diese geleistete Arbeit größere produktive Kraft und Effektivität.

se - riesige Bauprojekte durchgeführt. Im sogenannten Plan "Wasser für Cabildo" - eine kleine Bergbau- und Landwirtschaftsregion im "kleinen Norden", einer Zone mit chronischem Wassermangel, - arbeiteten etwa 5.000 Jungen und Mädchen am Bau einer Bewässerungsanlage, die die Bauern dieser Region immer als "unmöglich" bezeichnet hatten. Mit Leidenschaft, Fleiß und ihrer bloßen Hände Arbeit gruben diese Jugendlichen solange in einem ausgetrockneten Flußbett, bis sie Wasser fanden; jetzt gibt es in Cabildo einen mehrere Quadratkilometer großen See, der zur Bewässerung Tausender kleiner Landwirtschaften dient. Die Jugendlichen, die in den Schulen und Universitäten technische Berufe erlernten, haben

Ausdruck eines Neuen Chile

ebenfalls ihre freiwilligen Arbeitseinsätze entsprechend den nationalen Bedürfnissen geplant. Während der Ferien leisteten sie in den Salpeter-, Eisen- und Kupferminen ihren Beitrag.

Chile, in seiner volkswirtschaftlichen Entwicklung durch eine "unsichtbare Blockade" seitens der imperialistischen Mächte, vor allem der USA, gestört, sah sich immer mehr vor große Devisenprobleme gestellt. Die Devisenvorräte reichten oft nicht einmal zum Import von Ersatzteilen für die strategisch wichtigen Industriezweige aus. Dieser Umstand veranlaßte weitere Tausende von Studenten, ihre Kraft und Kenntnisse für die Reparatur von Maschinen und Fahrzeugen, für die keine Ersatzteile vorhanden waren, einzusetzen. Ihre Arbeit bedeutete für Chile eine Einsparung von mehreren Millionen Dollar.

Die Arbeiterklasse

Noch beeindruckender war die Freiwilligen-Arbeit der Arbeiter, die möglicherweise weniger auffällig und spektakulär erschien. Sie entwickelte sich seit Ende des Jahres 1971 zu einer ständigen Erscheinung. In unbezahlten Überstunden wurden Maschinen repariert, Schrott gesammelt, Gebäude ausgebessert. Die Arbeiter erfuhren, daß sich eine grundlegende Veränderung der Produktionsverhältnisse vollzog. Das wurde ihnen bewußt durch ihre direkte Beteiligung an der Leitung der Betriebe, durch höhere Reallöhne und durch das allmähliche Absinken der Zahl der Privatkapitalisten und Kapitalgesellschaften, die sich früher einen weit höheren Teil ihrer Arbeitsergebnisse angeeignet hatten.

Die Freiwilligen-Arbeit war sehr oft die Antwort auf die Sabotage- und Hortungsmanöver der politischen und ökonomischen Reaktion. Beispielsweise waren Mitte 1972 plötzlich einige Stoffarten auf dem Markt nicht mehr vorhanden. Die Textilarbeiter erhöhten daraufhin in freiwilliger Arbeit die Produktion dieser Textilien in dem Maße, daß die fehlende Menge ersetzt werden konnte. Beim Oktoberboykott der Unternehmer im gleichen Jahr wuchs die Zahl der freiwilligen Arbeiter von Tausenden auf Hunderttausende. Die Studenten halfen beim Be- und Entladen von Nahrungsmitteltransporten; die Medizin- und Krankenpflegestudenten unterstützten die patriotischen Ärzte, um die medizinische Versorgung der Bevölkerung zu sichern. Für die Jugend war es eine Ehre, Mitglied der freiwilligen Brigaden zu sein. Und es erwies sich als notwendig, dieser kollektiven Begeisterung und Opferbereitschaft einen besonderen Ehrentag zu widmen: Den 27. Mai.

Der zweite Jahrestag der Freiwilligen-Arbeit war ein bewegendes Ereignis. Das halbe Land war mobilisiert. Kinder säuberten Straßen und Schulen, Jugendliche halfen den Bauern bei der Frühjahrssaat, Beamte und Angestellte im öffentlichen Dienst arbeiteten Tonnen liegengeliebener Akten auf.

Auch die Arbeiter aus den Privatbetrieben zeigten an diesem 27. Mai 1972 ein Neues Chile. Sie vereinbarten mit den Unternehmern, daß ein Teil der Ergebnisse dieses Arbeitstages sowie die Löhne für die gemeinsamen Fonds zum Aufbau von Kindergärten verwandt wurden. Dies waren Tage ohne Parteifarben. 1972 nahm sogar offiziell die christdemokratische Jugend am freiwilligen Arbeitseinsatz teil. Selbst der Kardinal der katholischen Kirche Chiles arbeitete in einem Betrieb an der Seite der Arbeiter.

Der Präsident der Republik stand an der Spitze der freiwilligen Arbeiter an diesem Tag. Zusammen mit seinen Ministern, hohen Staatsbeamten und einigen Botschaftern aus befreundeten Ländern beteiligte er sich an der Arbeit: Er bediente eine Werkzeugmaschine oder half den Arbeitern bei kleineren Arbeiten.

Der Enthusiasmus wird zurückkehren

Diese Aktionen und dieser schöpferische Geist wurden erstickt, seitdem Chile unter der terroristischen Diktatur leidet. Die Militärdiktatur, die trotz ihrer zwischen Lob und Maschinengewehr abwechselnden Politik bis heute noch keine Jugendorganisation zu gründen vermochte, kann auch unter den Arbeitern und Bauern keinerlei Aktivität entwickeln, die den minimalen Anschein einer Unterstützung ihres Handelns und ihrer Wirtschaftspolitik erwecken könnte.

Die Monopolbetriebe wurden ihren alten Besitzern zurückgegeben und die Großgrundbesitzer erhalten ihre Latifundien zurück.

Die internationalen Jugendorganisationen der Freiwilligen-Arbeit, die früher große Kontingente nach Chile entsandten, haben ihre Beziehungen mit Chile unterbrochen. Die Internationale Organisation der Freiwilligen-Arbeit, Service Civiles International, hat vor kurzem ihre chilenische Filiale ONSEV (Organisation der freiwilligen Arbeit in Chile), die sich im Exil befindet, als einzig legitime Vertreterin bestätigt. In diesem kleinen südamerikanischen Land gibt es sie heute nicht mehr, aber sie wird mit dem sie tragenden Geist zurückkehren, wenn das Volk von Chile seine Freiheit und Demokratie wieder erobert hat.



Internatioale Kommission zur Untersuchung der Verbrechen in Chile, Helsinki 21.-24.3.1974

Wir setzen in diesem Heft den Abdruck von Dokumenten der Internationalen Kommission zur Untersuchung der Verbrechen der Militärjunta in Chile, welche vom 21.-24. März in Helsinki tagte, fort. Nach der Abschlusserklärung der Internationalen Kommission in AIB Nr. 4/1974 veröffentlichten wir nun eine der vielen Zeugenaussagen, die von der internationalen Kommission angehört und dokumentiert wurden. Der Bericht von Ubrimar Peixoto steht stellvertretend für Zehntausende anderer politischer Gefangener in Chile.

Unter den sachkundigen Chirurgenhänden pervertierter "Ärzte" wie in der Auslieferung an die hemmungslose, haßerfüllte Brutalität der Folterknechte machen die Gefangenen unvorstellbare Qualen und Erniedrigungen durch. Und Opfer sind ausnahmslos alle, die sich der faschistischen Barbarei widersetzen.

Aber dieser Terror wird die Herrschaft der Junta-Generale auf Dauer nicht sichern können - im Gegenteil: Er läßt dem chilenischen Volk deutlicher als je zuvor bewußt werden, daß seine Einheit die Voraussetzung für den Sturz des Faschismus und für eine menschenwürdige Zukunft ist.

Zeugenaussage von Ubrimar Peixoto

Ich wurde am 12. September, einen Tag nach dem Putsch, in Vitacura von Carabineros verhaftet und dann zur Armeeschule gebracht, die sich an der Ecke Apoquindo- und Amerigo Vespuccio Allee befindet. Die Schüler dort sind offensichtlich - schon von ihrer sozialen Herkunft her - zum größten Teil Mitglied der faschistischen Organisation "Vaterland und Freiheit". Der Haß, mit dem wir dort behandelt wurden, macht den faschistischen Charakter des chilenischen Putsches deutlich.

Wir kamen um 21 Uhr in dieser Schule an, wurden gefoltert und mit Gewehrkolben, Schlagstöcken und anderen Gegenständen geschlagen. Wir wurden nackt in den Schulhof gedrängt, wo wir uns mit den Händen zur Wand aufstellen mußten. Dann schlugen sie uns auf die Hoden, brachten uns mit Zigaretten Brandwunden bei, zwangen uns niederzuknien und fesselten unsere Hände auf dem Rücken, während wir das Gesicht auf dem Boden halten mußten.

Am 13. September verließen wir die Schule und wurden ins Nationalstadion gebracht. Es war 16 Uhr als wir dort ankamen - die Hände mit Stahldraht auf den Rücken gebunden. 16 Stunden lang mußten wir dann mit dem Gesicht nach unten liegen, so fest gefesselt, daß die Durchblutung unterbrochen wurde. Sie traten auch gegen unsere Füße, was Muskelkrämpfe und Prellungen verursachte. Auf diese Weise und ohne Nahrung verbrachten wir die ersten Tage.

Im Stadion konnten wir beobachten, daß massive Foltermethoden ohne jede Überlegung in einer planlosen und nichtwissenschaftlichen Weise getestet wurden. Dies änderte sich jedoch mit der Ankunft der brasilianischen Polizei. Ihre Ausbildung und Technik wurden jetzt nutzbar gemacht - die Folterungen wurden zielgerichtet und fachmännischer. Wir waren Zeugen der Folterung des Textildirektors von "CORFO": er war mit Schlagstöcken trak-

tiert worden, wobei ihm eine Rippe gebrochen wurde; danach brachte man ihn in unsere Zelle, wo er einen Herzanfall erlitt. Er wäre gestorben, hätten nicht einige unserer Zellengenossen ihn künstlich beatmet. Dann wurde er zur Genesung in das Armeehospital überführt. Ein weiterer Fall ist Luis Corvalán, der Sohn des Generalsekretärs der Kommunistischen Partei, Luis Corvalán. Er wurde am 16. September zusammen mit seiner Frau, Ruth Vuscovič zuhause verhaftet, ins Nationalstadion gebracht und am 16. Oktober 6 Stunden lang gefoltert. Man führte ihn um 14 Uhr zur Folterung ab und brachte ihn gegen 20 Uhr zurück. Als wir in unsere Zelle kamen, fanden wir ihn ohnmächtig von den Folterungen. Diese waren mit Strom durchgeführt worden: An den Füßen, den Beinen, wie auch im Gesicht konnte man die Male der Elektroden sehen. Sein ganzer Körper war violett von Blutergüssen, die von den Schlägen herrührten.

Es gibt den Fall von Marino Tomic Stefan, dem Neffen von Radomiro Tomic, der früher Präsidentschaftskandidat der Christdemokraten war. Beim Verhör wurde er nach dem politischen Verhalten von Führern der Christ-Demokratischen Partei wie Bernardo Leighton und Renan Fuen-tealba gefragt.

Bei meiner Ankunft in der Armeeschule "Bernardo O'Higgins" traf ich einen Soziologen von der "FAO" (Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der UN). Er wurde ebenfalls gefoltert, aber später aufgrund von internationalem Druck und dank seiner Stellung als FAO-Beamter entlassen. Während der ersten zwei Tage meiner Gefangenschaft in einer Zelle des Stadions konnte ich nicht sehen, was draußen vorging. Aber ich konnte Frauen schreien hören; und von den Geräuschen her war es klar, daß es sich um Vergewaltigungen handelte. Ich kenne eine brasilianische Genos-

sin, die zweimal im Kriegsministerium vergewaltigt wurde. Danach wurde sie im Nationalstadion festgehalten; später ging sie nach Frankreich.

Es gibt drei weitere Fälle: Den Genossen Jorge Lafitte, ein uruguayischer Graduierte in "Flasco", der ebenfalls brutal gefoltert wurde und jetzt auf seinen Prozeß vor dem Militärtribunal wartet; den Genossen Ives Marques, ein Brasilianer; auch er wurde gefoltert und wird vor das Militärtribunal gestellt; den

Genossen Pesro Tsakoumagkos, ein Argentinier, der gleichfalls gefoltert wurde und auch auf seinen Prozeß wartet.

Wir glauben, daß sie in Lebensgefahr sind, denn der Faschismus verschont niemanden. Man muß unbedingt darauf hinweisen, daß tatsächlich Brasilianer in Chile erschossen wurden. So der Bericht des chilenischen Innenministeriums, der am 31. Oktober in der brasilianischen Zeitschrift "Veja" veröffentlicht wurde.



Wilhelm M. Breuer (Mitglied des Präsidiums des Weltfriedensrates und Mitherausgeber des AIB)

25 Jahre Weltfriedensbewegung

Die Weltfriedensbewegung kann in diesen Tagen auf ein Vierteljahrhundert erfolgreichen Kampfes für Frieden, Sicherheit, Zusammenarbeit, Abrüstung und antiimperialistische Solidarität zurückblicken. Denn im April jährte sich zum 25. Mal der Tag, an dem Friedenskämpfer aus allen Teilen der Welt in Paris zu ihrem ersten Kongreß zusammenkamen und dort für die neue internationale Massenbewegung eine erste organisatorische Form schufen.

Gründung der Weltfriedensbewegung

Eine erste Initiative zur Schaffung der Weltfriedensbewegung war bereits ein Jahr zuvor erfolgt: Auf Anregung einer Reihe prominenter französischer und polnischer Wissenschaftler und Künstler kamen etwa 400 Intellektuelle aus 45 Ländern vom 25. bis 28. August 1948 in Wroclaw zu einem Internationalen Kongreß der Geistesschaffenden zusammen. Erfüllt von der Sorge über die durch den Beginn der Ära des Kalten Krieges und die imperialistische Strategie des "roll back" heraufbeschworene Gefahr eines atomaren Vernichtungskrieges, waren sie im Bewußtsein ihrer gesellschaftlichen Verantwortung entschlossen, ihren Beitrag zur Erhaltung des Friedens und zur Mobilisierung der Menschheit gegen den Krieg zu leisten. Das aus dem Wroclawer Kongreß hervorgegangene Ständige Komitee ergriff bald darauf gemeinsam mit der Internationalen Demokratischen Frauenföderation die Initiative zur Vorbereitung eines Weltkongresses der in zahlreichen Ländern entstehenden Friedensbewegungen. Am 25.1.1949 kamen schließlich in Paris unter dem Vorsitz des weltbekannten Physikers und französischen Hochkommissars für Atomenergie, Frédéric Joliot-Curie, etwa 20 Persönlichkeiten, darunter der britische Physiker und Wissenschaftstheoretiker John Ber-



nal, und der sowjetische Schriftsteller Alexander Fadejew, zusammen und riefen zu diesem Weltkongreß auf, der Ende April in Paris stattfinden sollte. In welchem Maße diese Initiative Ausdruck der Interessen der Völker war, zeigte sich an dem Echo, das sie fand: Binnen zwei Monaten fand dieser Aufruf die Zustimmung von internationalen und nationalen Organisationen, die zusammen annähernd 600 Millionen Menschen vertraten.

Unter der von Joliot-Curie formulierten Losung "Kein Volk und kein Mensch kann sich allein vor dem Krieg schützen. Dieses Ziel kann nur durch die gemeinsame Aktion aller Völker und Nationen erreicht werden" fand vom 20. - 25. April 1949 der "Weltkongreß der Kämpfer für den Frieden" statt. 1784 Delegierte aus 72 Ländern, die sich trotz unterschiedlicher politischer und weltanschaulicher Überzeugungen in einem grundlegenden Ziel einig waren: "Alles zu tun, um den Frieden zu erkämpfen", waren in der Salle Pleyel in Paris zusammengekommen; weitere 252 Delegierte, denen die

französische Regierung kurzfristig die Einreise verweigert hatte, führten einen Parallelkongreß im Prager Parlament durch. In dem in Paris und Prag einstimmig beschlossenen "Manifest des Weltkongresses der Kämpfer für den Frieden" wurden die Prinzipien proklamiert, die bis heute für die Weltfriedensbewegung gültig sind:

"Wir sind für die Charta der Vereinten Nationen, gegen alle Militärbündnisse, die diese Charta zerbrechen und zum Krieg führen.

Wir sind gegen die vernichtende Last der Militärausgaben, die für das Elend der Völker verantwortlich sind.

Wir sind für das Verbot der Atomwaffen und anderer Mittel zur völligen Vernichtung der Menschen; wir fordern Begrenzung der Streitkräfte der Großmächte und die Errichtung einer internationalen wirksamen Kontrolle der Verwendung der Atomenergie zu ausschließlich friedlichen Zwecken für das Wohl der Menschheit.

Wir kämpfen für die nationale Unabhängigkeit und die friedliche Zusammenarbeit aller Völker und für das Selbstbestimmungsrecht der Völker als wesentliche Bedingungen für Freiheit und Frieden.

Wir wenden uns gegen alle systematischen Einschränkungen und die schließlich vollständige Unterdrückung der demokratischen Freiheiten, wodurch man dem Krieg den Weg bereiten will.

Wir errichten die gemeinsame Front für die Verteidigung der Wahrheit und der Vernunft, um die Propaganda, die die öffentliche Meinung dem Krieg geneigt macht, zur Ohnmacht zu verurteilen. Der Weltkongreß der Kämpfer für den Frieden verkündet laut, daß die Verteidigung des Friedens nun zur Angelegenheit aller Völker geworden ist."

Zum Abschluß des Pariser Kongresses wurde als zentrales Organ der neuen Weltbewegung ein Weltfriedenskomitee gebildet, zu dessen Vorsitzendem Frédéric Joliot-Curie gewählt wurde; der Aufruf zur Bildung nationaler Friedenskomitees wurde schon bald nach dem Weltkongreß in zahlreichen Ländern befolgt.

Stockholmer Appell – 500 Millionen Unterzeichner

Der Massencharakter der jungen Weltfriedensbewegung kam bereits kurze Zeit nach ihrer Gründung in der weltweiten Resonanz zum Ausdruck, die der "Stockholmer Appell" fand. Dieser Appell, der auf der Stockholmer Tagung des Weltfriedenskomitees im März 1950 verabschiedet wurde, hatte folgenden Wortlaut:

"Wir fordern das absolute Verbot der Atomwaffe als einer Waffe des Schreckens und der Massenvernichtung der Bevölkerung.

Wir fordern die Errichtung einer strengen internationalen Kontrolle, um die Durchführung des Verbots zu sichern.

Wir sind der Ansicht, daß die Regierung, die als erste die Atomwaffe gegen irgendein Land benutzt, ein Verbrechen gegen die Menschheit begeht und als Kriegsverbrecher zu behandeln ist.

Wir rufen alle Menschen der Welt, die guten Willens sind, auf, diesen Appell zu unterzeichnen."

In allen Ländern der Welt wurden Unterschriften unter diesen Appell gesammelt, der durch den Ausbruch des Korea-Krieges und die

damit verbundene Gefahr des Atomwaffeneinsatzes durch die USA eine unmittelbare und konkrete politische Bedeutung erlangte. Das Resultat zeigte die Kraft der Friedensbewegung: mehr als 500 Millionen Männer und Frauen unterzeichneten den Stockholmer Appell und trugen so mit dazu bei, daß eine atomare Katastrophe verhindert wurde.

II. Weltfriedenskongreß

Im November 1950 fand in Warschau der II. Weltfriedenskongreß statt, an dem Delegierte aus bereits 81 Ländern teilnahmen. Auf diesem Kongreß ging aus dem 1949 gebildeten Weltfriedenskomitee der Weltfriedensrat hervor, der Frédéric Joliot-Curie zu seinem Vorsitzenden wählte, sein Stellvertreter wurde der italienische Sozialistenführer Pietro Nenni. In seiner Satzung bekannte sich der Weltfriedensrat zu den folgenden Zielen:

"Verbot aller Massenvernichtungswaffen und Beendigung des Wettrüstens; Beseitigung ausländischer Militärstützpunkte; allgemeine, gleichzeitige und kontrollierte Abrüstung;

Beseitigung aller Formen des Kolonialismus und der Rassendiskriminierung;

Achtung des Rechts der Völker auf Souveränität und Unabhängigkeit als wesentliche Voraussetzung für einen dauerhaften Frieden;

Respektierung der territorialen Integrität der Staaten;

Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der Nationen;

Herstellung von wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zum gegenseitigen Vorteil auf der Basis der Freundschaft und der gegenseitigen Achtung;

friedliche Koexistenz zwischen Staaten und unterschiedlichen politischen Systemen;

bei der Lösung von Problemen zwischen Nationen die Politik der Stärke durch die Politik der Verhandlungen zu ersetzen."

Befreiungsbewegungen im Weltfriedensrat

Ein Vierteljahrhundert lang haben Weltfriedensbewegung und Weltfriedensrat an diesen Zielen festgehalten und sich seit den Tagen der Gründung stets als konsequente und prinzipienfeste Kraft erwiesen. Nur mit dieser klaren Linie war es möglich, jene breite Anerkennung und Unterstützung aller friedliebenden Kräfte und der Vielzahl von nationalen und internationalen Organisationen zu gewinnen, denen der Weltfriedensrat seine Autorität verdankt und die ihn zu dem gewichtigen Faktor in der internationalen Politik machten, der er heute ist.

Im Weltfriedensrat sind gegenwärtig nationale Organisationen aus über 120 Ländern aller Kontinente vertreten. Die antiimperialistischen Kräfte sind sich der Tragweite der Aktionen des Weltfriedensrates bewußt – jedes Volk, das heute für Unabhängigkeit, Gerechtigkeit und sozialen Fortschritt kämpft, weiß, daß es sich auf die wirksame Unterstützung des

Weltfriedensrates verlassen kann. Nationale Befreiungsbewegungen erhalten jedoch nicht nur die solidarische Unterstützung der Weltfriedensbewegung, sondern sie sind selbst Teil dieser Bewegung geworden. Betrachten wir z.B. Afrika: Die Vertreter der Befreiungsbewegungen Angolas (MPLA), Guinea-Bissaus (PAIGC), Mozambiques (FRELIMO), Namibias (SWAPO), Zimbabwes (ZAPU) und Südafrikas (ANC) gehören heute dem Präsidium des Weltfriedensrates an. Oder ein anderes Beispiel: In diesem obersten Organ der Weltfriedensbewegung ist das kämpfende chilenische Volk durch Hortensia Bussi de Allende, Carlos Altamirano und Volodia Teitelboim vertreten. Mehr denn je zählen Aktionen der Solidarität mit den für nationale Unabhängigkeit, gegen Imperialismus, Kolonialismus, Neokolonialismus und Rassismus kämp-

schrifts verändert. Die Politik der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Länder prägt entscheidend die internationale Entwicklung; zahlreiche unterdrückte Völker haben im siegreichen Befreiungskampf ihre nationale Souveränität erlangt und nutzen sie zunehmend im Interesse des Friedens und der internationalen Sicherheit. Heute vollzieht sich eine Wende vom Kalten Krieg zur internationalen Entspannung, werden die Prinzipien der friedlichen Koexistenz zur Grundlage der internationalen Beziehungen, werden die Voraussetzungen für eine umfassende wirtschaftliche, technische und wissenschaftliche Zusammenarbeit zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung geschaffen.

An diesem Wandel hat auch die Weltfriedensbewegung einen großen Anteil. Denn ihr ist es in



Linkes Foto: Der Generalsekretär des Weltfriedensrates, Romesh Chandra.
Rechtes Foto: Weltkonferenz "Für Frieden

und Unabhängigkeit der Völker Indochinas" - Paris, Februar 1972.

fenden Völkern zu den wichtigsten Aufgaben des Weltfriedensrates. Der seit der Gründung vom Weltfriedensrat vertretene Geist einer sich ständig erweiternden Zusammenarbeit, der Offenheit des Dialogs und der gemeinsamen Aktion ist nicht nur die Basis seiner bisherigen, sondern zugleich auch der Garant seiner zukünftigen Erfolge. Die aus diesen Prinzipien resultierende Kraft manifestierte sich eindrucksvoll im Oktober letzten Jahres auf dem Weltkongress der Friedenskräfte in Moskau, dem mit 3200 Delegierten aus 143 Ländern breitesten und größten Forum der Weltöffentlichkeit in der Geschichte (siehe AIB Nr.1/1974).

Verändertes Kräfteverhältnis

Die Welt des Jahres 1974 unterscheidet sich wesentlich von der des Jahres 1949. Das internationale politische Kräfteverhältnis hat sich in diesen 25 Jahren zugunsten der Kräfte des Friedens und des gesellschaftlichen Fort-

zunehmendem Maße gelungen, alle Kräfte des Friedens im Kampf gegen die Kriegsgefahr und für die Errichtung eines dauerhaften demokratischen und gerechten Friedens zu gemeinsamer Aktion zusammenzuführen. Die wachsende Breite der Bewegung spiegelt sich auch in der Zusammensetzung des Weltfriedensrats selbst wider. Von seinen annähernd tausend Mitgliedern, die im Februar dieses Jahres in Sofia in den Weltfriedensrat gewählt wurden, gehört etwa die Hälfte dem Rat erstmalig an. Zumeist repräsentieren sie neue Kräfte, Organisationen und Bewegungen, die sich erst in den letzten Jahren der Weltbewegung angeschlossen haben. Bemerkenswert ist ferner, daß die Mitglieder des Weltfriedensrats nicht mehr überwiegend Einzelpersonlichkeiten, sondern in ihrer Mehrheit Vertreter von Parteien und nationalen und internationalen Organisationen sind. Im Ergebnis dieser Entwicklung ist auch die Basis der Friedensbewegung in den im Weltfriedens-

rat vertretenen Ländern breiter geworden.

Verfolgung der westdeutschen Friedenskomitees

Diese Entwicklung spiegelt sich auch in der BRD wider. Ebenfalls vor 25 Jahren, im Mai 1949, rief eine Reihe von Personen zur Bildung eines Friedenskomitees auf. Die organisierte Friedensbewegung spielte bald eine wichtige Rolle in der Volksbewegung gegen die Wiederaufrüstung Westdeutschlands und die drohende Kriegsgefahr. Der Stockholmer Appell wurde von mehr als 2 Millionen Bürgern der Bundesrepublik unterzeichnet. Doch anders als in den meisten anderen Staaten der Welt stieß die Friedensbewegung in der BRD auf regierungs-offizielle Diffamierung und Repression: Am 19.9.1950 faßte die Adenauer-Regierung ihren berüchtigten Berufsverbotbeschuß, der ausdrücklich auch für die Angehörigen des Friedenskomitees galt; am 27.5.1951 wurde die Plenartagung des Westdeutschen Friedenskomitees polizeilich aufgelöst; im Frühjahr 1959 eröffnete der Bundesgerichtshof Ermittlungsverfahren gegen führende Kräfte der Friedensbewegung wegen "Staatsgefährdung"; am 2.3.1959 wurde per Verwaltungsakt das Friedenskomitee der BRD verboten, in der Folgezeit wurden ferner die Landesfriedenskomitees in mehreren Bundesländern ebenfalls verboten; 6 führende Kräfte der Friedensbewegung wurden

im November 1959 wegen "Staatsgefährdung" angeklagt, 5 von ihnen im April 1960 zu Gefängnisstrafen verurteilt. Doch die Ära des Kalten Krieges ist auch hier vorüber - heute existiert auch in der BRD eine wachsende Friedensbewegung, die in ihren Aktionen der anti-imperialistischen Solidarität und für friedliche Koexistenz zu einer Massenbewegung wurde.

Verteidiger und Erbauer des Friedens

Vor 25 Jahren betonte Frédéric Joliot-Curie auf dem 1. Weltfriedenskongreß: "Wir haben uns hier nicht versammelt, um von den Verfechtern des Krieges den Frieden zu fordern, sondern um sie zum Frieden zu zwingen." Daß dieser Appell zum aktiven Handeln der Völker gehört wurde, beweist die Geschichte der Weltfriedensbewegung. Denn sie zeigt, daß es möglich ist, durch die Vereinigung von Millionen Menschen in aller Welt im gemeinsamen Kampf der Stimme der Völker Gehör zu verschaffen und gemeinsame Ziele durchzusetzen. Die Bedeutung der Weltfriedensbewegung ist heute größer als je zuvor. Denn, wie kürzlich Romesh Chandra, der Generalsekretär des Weltfriedensrates, hervorhob, "die Bewegung, die als eine Bewegung der Verteidiger des Friedens begann, ist zu einer Bewegung der Verteidiger und Erbauer des Friedens geworden".



Irak

Wolfram Brönner

Zu den Ereignissen in Irakisch-Kurdistan

Als der irakische Staatspräsident Al Bakr und Kurdenführer Barazani am 11. März 1970 mit der Unterzeichnung des "Kurdenmanifestes" den neunjährigen Kriegszustand zwischen Regierungstruppen und der kurdischen Partisanenarmee ein Ende setzten, wurde zugleich eine Vierjahresfrist bis zur Verabschiedung eines Gesetzes zur Autonomie Irakisch-Kurdistans vereinbart. Gemäß den im Märzmanifest fixierten 15 Punkten leitete die Baath-Regierung eine Reihe von Wiedergutmachungs- und Übergangsmaßnahmen ein: Einführung einer kurdischen Amtssprache, Ernennung von Kurden zu Provinzgouverneuren und Ministern in der Zentralregierung, großzügige Finanzierung von Industrieprojekten, Bewässerungsanlagen und der Elektrifizierung (1973 allein in Höhe von 3 Mrd DM), Schaffung neuer Bildungs- und Kultureinrichtungen und die Aufnahme der nationalen Rechte des kurdischen Volkes in die provisorische Verfassung.

Die feindliche Haltung der DPK gegenüber der Nationalen Front und dem Autonomiegesetz

Nach einjährigen programmatischen Diskussionen zwischen der regierenden Baath-Partei (ASBP), der Irakischen Kommunistischen Partei

(IKP) und der Demokratischen Partei Kurdistans (DPK) kam es im Juli 1973 zur Konstituierung der "Nationalen Fortschrittsfront". Doch obgleich die Front in ihrer Gründungscharta "die Selbstverwaltung des kurdischen Volkes" als eine ihrer erstrangigen Aufgaben festschrieb, trat die DPK der Fortschrittsfront unter dem Vorwand nicht bei, man wolle sie damit "politisch entmündigen" (Excerpt from the Higher Committee of the Progressive National Front's Clarification, Bagdad 1974, S. 6). ASBP und IKP stellten demgegenüber in einem offenen Brief an die DPK fest, "daß die Nationale Front eben die Ebene ist, um alle Probleme zu lösen, alle Hindernisse zu überwinden und alle Differenzen, welcher Art auch immer, beizulegen" (ebda., S.1).

Ende Dezember 1973 legte die Oberste Kommission der Nationalen Front der DPK einen "Gesetzentwurf über die Autonomie der kurdischen Region" zur Beratung und Diskussion vor. Fristgerecht wurde das Gesetz schließlich am 11. März 1974 verabschiedet.

Dieses Autonomiegesetz erweitert und prä-

zisiert die im Manifest von 1970 fixierten politischen, sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Rechte des kurdischen Volkes im Irak. Die Selbstverwaltungsbestimmungen betreffen alle Gebiete, "in denen die kurdischen Bewohner die Mehrheit bilden". (Die wichtigsten Passagen dieses Autonomiegesetzes sind im Wortlaut auf S. 19f abgedruckt.)

Barazani, der Vorsitzende der DPK, lehnte indessen das Autonomiegesetz ab. Die seinem Kommando unterstellten militärischen Einheiten eröffneten die Kampfhandlungen im nördlichen Irak gegen arabische und kurdische Patrioten, gegen dort stationierte Regierungstruppen. Die Regierung Al Bakr reagierte zu-

stische Partei die Kurdenfrage den Gesamtaufgaben des revolutionären Prozesses im Irak zu und stellt ihre prinzipielle Haltung zu einer demokratischen Lösung des Problems dar.

Wer verstößt gegen das März-Manifest von 1970?

Die Führung der Demokratischen Partei Kurdistans begründet ihre Ablehnung des Selbstverwaltungsprojekts mit dem Argument, die Gesetzesvorlage widerspräche den Bestimmungen des "Kurdenmanifestes" von 1970. Daraus leitet sie u.a. ihre aktuelle Forderung ab, derzufolge die Erdölanlagen im Nordirak in die alleinige Verfügungsgewalt der kurdischen Führung übergehen sollen.

Hier aber verwickelt sich die DPK in einen eklatanten Widerspruch zum "Kurdenmanifest", das, wie gesagt, die DPK 1970 mitunterzeichnete. Denn in Artikel 14 des Manifestes von 1970 heißt es: "Da die Autonomie im Rahmen der Irakischen Republik ausgeübt wird, liegt die Ausbeutung der Bodenschätze in diesem Gebiet (d.h. in Irakisch-Kurdistan, d.Verf.) in der Kompetenz der Zentralregierung" (Implementation of March 11 Manifesto, Bagdad 1972, S. 23).

Mitte April d.J. wies Kurdenführer Barazani auch ein Kompromißangebot der Baath-Regierung zurück, das eine gemischte Verwaltung des Erdölgebietes Kirkuk durch DPK- und Regierungsvertreter vorsah. Die DPK antwortete mit dem Abzug ihrer 5 Minister aus Bagdad - sie wurden inzwischen durch fünf andere kurdische Repräsentanten ersetzt - und verlangte eine Vertagung der Autonomie um ein weiteres Jahr.

Bereits hier ist der Schluß angebracht, daß es die rechten Führungskreise um Barazani darauf anlegen, ihre Forderungen ständig höherzuschrauben und die 'Kurdenkrise' in die Länge zu ziehen.

Die Interessen der Feudalherren und des Imperialismus

Welche ökonomischen und sozialen Interessen verbergen sich hinter einer derartigen politischen Haltung der kurdischen Führungskreise?

Im Gegensatz zu den arabischen Landesteilen vermochten die feudalen kurdischen Großgrundbesitzer bis heute, die Durchführung der Agrarreform in Irakisch-Kurdistan zu verhindern. Während es im übergroßen Teil des Irak gelang, die Großgrundbesitzer ökonomisch und politisch zu entmachten und das enteignete Land an Landarbeiter und arme Bauern zu verteilen, nutzten die kurdischen Feudalherren ihre politischen Schlüsselpositionen in der DPK und der Kurdenarmee, um die Enteignung ihrer Besitztümer zu vereiteln. Auch hier handelt es sich um einen Verstoß der kurdischen Seite gegen das März-Manifest von 1970, wo es in Artikel 9 heißt: "Notwendig ist die sofortige Durchführung des Gesetzes zur Agrarreform im kurdischen Gebiet: Liquidierung aller feudalen Abhängigkeitsverhältnisse, Aushändigung der enteigneten Landstücke an alle Bauern und deren Befreiung von allen noch ausstehenden Steuerabgaben" (ebenda, S.21/22).

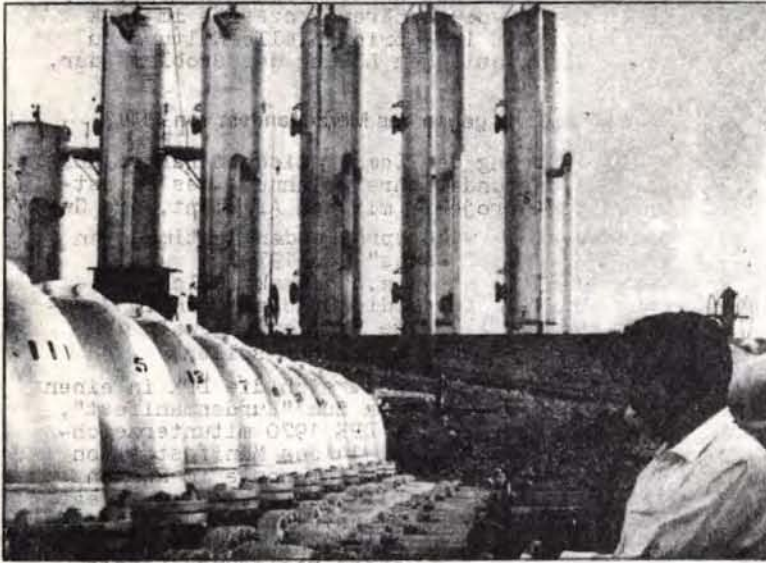
Zur Verteidigung ihrer Machtpositionen und Privilegien sind die reaktionären Kreise der kurdischen Führung gegenwärtig bemüht, ein Bündnis mit dem US-Imperialismus einzugehen. Das dokumentiert die folgende Aussage Barazanis in einem Interview mit dem Sonderberichterstatter der "Washington Post, J.Hoagland: "Wir sind bereit, alles zu tun, was in dieser Region im Interesse der Amerikaner liegt, wenn die Amerikaner uns vor den Wölfen schützen. Wenn die Unterstützung genügend groß ist, können wir die Erdölfelder von Kirkuk kontrollieren und sie einer amerikanischen Gesellschaft übergeben... Wir sind ein Element im Nahen Osten, das man nicht übersehen darf. Die



nächst, am 18.März 1974, mit der Order an die Regierungstruppen, Zusammenstöße zu vermeiden (vgl. dpa, 18.3.1973); Anfang April - als die militärischen Angriffe und die Sabotageakte gegen Verwaltungseinrichtungen und Industrieanlagen zunahmen - ordnete die Regierung an, zu militärischen Gegenaktionen überzugehen.

Das im Anschluß an diesen Artikel wiedergegebene Dokument der Irakischen Kommunistischen Partei deckt auf, daß kurdische Militäreinheiten bereits seit Herbst 1973 Überfälle auf demokratische Kräfte in Kurdistan verübten; dabei wurden zahlreiche Mitglieder und Anhänger der IKP erschossen - so der kurdische Arbeiter Biya Slewa am 22.10.1973 - oder eingekerkert; in Quaradagh sprengten kurdische Truppen die Häuser von 30 kommunistischen Arbeitern und Bauern. (Vgl. Iraqi Letter, No. 2, Februar 1974, S. 16/17). Das IKP-Dokument setzt sich mit der antidemokratischen Verwaltungspraxis der Demokratischen Partei Kurdistans im Nordirak auseinander.

Daran schließen sich Ausführungen zum Charakter der kurdischen Nationalbewegung sowie zu den ökonomisch-sozialen Wurzeln der sich in den letzten zwei Jahren zuspitzenden politischen Differenzen an. Im Schlußabschnitt des Dokumentes ordnet die Irakische Kommuni-



Ölbohrer Kirkuk - seit der Nationalisierung des Ölkonzerns IPC im Juni 1972 ein Symbol der erfolgreichen antiimperialistischen Politik der Regierung in Bagdad.

Kurden bekämpfen aktiv den russischen Einfluß, und sie binden einen großen Teil der irakischen Armee, die sonst vielleicht gegen den Iran, Kuwait oder gegen Israel eingesetzt werden könnte" (in: Weg und Ziel, Nr.5, Wien 1974, S.202).

Die Tatsache schließlich, daß die kurdische Führung aus den Händen des Iran und des 1972 enteigneten Ölkonzerns 'Iraq Petroleum Company' umfangreiche Militär- und Finanzhilfe bezieht (vgl. DVZ, 21.3.1974), verweist auf eine für das irakische Volk besonders bedrohliche Seite der gegenwärtigen Auseinandersetzungen. Die imperialistischen Kräfte und das Schah-Regime schüren diese Auseinandersetzung mit dem Ziel, das fortschrittliche Regime zu schwächen, das Beispiel der Nationalen Front

und den revolutionären Prozeß im Irak zu Fall zu bringen. Zum zweiten geht es ihnen darum, so die Erklärung der iranischen Tudeh-Partei, "eine in der Entstehung befindliche und beispielgebende Form der Kurden-Autonomie zu vereiteln" (in: UZ, 29.3.1974).

Die Perspektive für eine demokratische Lösung

Allerdings denken nicht alle Kurden, nicht alle Mitglieder und Führungskräfte der Demokratischen Partei Kurdistans wie Barazani und seine Gefolgsleute. Doch scheint es, daß der linke Flügel der DPK im Zuge der Vertiefung des revolutionären Prozesses gegenüber dem fortschrittsfeindlichen und separatistischen Flügel an Boden verloren hat. Darauf deuten auch eine Reihe von Parteiausschlüssen gegen linke Kräfte hin, welche der konstruktiven Zusammenarbeit mit Baathisten und Kommunisten, einem Beitritt zur Nationalen Front sowie dem Autonomiegesetz positiv gegenüberstehen. Es bleibt zu hoffen, daß diese Strömung innerhalb der DPK in der nächsten Zeit an Stärke und Einfluß gewinnt.

Die Baathregierung und die Repräsentanten der Nationalen Fortschrittsfront sind unterdessen bemüht, ihr Bündnis mit dem linken Flügel der kurdischen Nationalbewegung weiterzuentwickeln. Am 17. April d.J. beschloß das Oberste Komitee der Nationalen Front die schnellstmögliche Bildung legislativer und exekutiver Organe in Kurdistan entsprechend dem Autonomiegesetz. Die Front billigte ferner einleitende Maßnahmen zur raschen Schaffung einer Nationalversammlung. Als nächster Schritt zur weiteren Demokratisierung der staatlichen Institutionen sollen - so fordert die IKP - direkt von den werktätigen Massen gewählte Volksräte mit Exekutivgewalt in den Provinzen geschaffen werden. Dies und die Durchsetzung der Agrarreform in der kurdischen Region sind aktuelle Hauptaufgaben des revolutionären Entwicklungsprozesses im Irak und gleichermaßen unerläßliche Schritte auf dem Wege zu einer demokratischen, friedlichen Lösung des Kurdenproblems.

Irakische Kommunistische Partei

Die Ursachen der aktuellen Auseinandersetzung um die Lösung der Kurdenfrage

1. Regierungspraxis der Demokratischen Partei Kurdistans im Nordirak

Seit dem 11. März 1970 übt die Demokratische Partei Kurdistans (DPK) in Irakischn-Kurdistan Regierungsfunktionen aus. Sie hat dabei die Irakische Kommunistische Partei (IKP), die unabhängigen demokratischen kurdischen Kräfte und die Kontrolle der Volksmassen ausgeschaltet. Die Erfahrungen der letzten vier Jahre haben gezeigt, daß die DPK ihre Machtpositionen in erster Linie im Interesse der Feudalherren und der Bourgeoisie nutzte. Viele ihrer Führer und Funktionäre versuchten ihre privaten und engstirnigen Parteiinteressen durchzusetzen. Eine neue militär-feudale Grup-

pierung bildete sich heraus.

In zahlreichen, von der DPK kontrollierten Bezirken stieß die Agrarreform auf massiven Widerstand. Arme Bauern, die durch die Agrarreform Land zugeteilt erhielten, wurden verfolgt und mit verschiedenen neuen Steuern und Abgaben belastet.

Eine Vielzahl einflußreicher Mitglieder der DPK und ihre bewaffneten Abteilungen haben sich durch Schmuggelgeschäfte und Unterschlagung an Mitteln der staatlichen Entwicklungsprojekte bereichert. Die Interessen der breiten Massen der Kurden, die jahrelang die Hauptlast der harten Kämpfe getragen haben, wurden ignoriert.

Darüber hinaus wurden während einer militanten Kampagne im Herbst 1973 alle Organe der lokalen Behörden zum Kampf gegen die Kommunistische Partei und ihre Anhänger eingesetzt. Alle Bemühungen von Delegationen unserer Partei, alle Aufrufe, Proteste und Abkommen zur Einstellung der Verfolgungen und zum Verzicht auf den Antikommunismus blieben vergeblich.

Abkommen wurden wiederholt gebrochen. Die aufrichtigen Bemühungen um die Wahrung der nationalen Interessen und zur Vermeidung von Blutvergießen wurden gröblich mißbraucht.

Im Herbst 1973 nahm die Kampagne gegen unsere Partei und ihre kurdischen Parteiorganisationen schlimmste Formen an, konkret die der physischen Liquidierung und der massiven Verfolgung der Kommunisten, ihrer Familien und Bekannten. Das wurde im offiziellen Organ der DPK offen gutgeheißen.

Zu den schmutzigsten Verbrechen in dieser Zeit zählte die Verschleppung von 12 Funktionären unserer Partei, die durch das von der DPK kontrollierte Gebiet vom Studium aus dem Ausland zurückkehrten. Dieses Verbrechen wird wohl geleugnet, doch das Schicksal dieser aktiven Patrioten ist bis heute unbekannt.

Die Differenzen zwischen der Irakischen Kommunistischen Partei und den rechten Kräften innerhalb der Demokratischen Partei Kurdistans sind darin begründet, daß unsere Parteiorganisationen in Kurdistan konsequent die Interessen der Arbeiterklasse und der anderen Werktätigen verfechten, die ihre fortschrittlichen Errungenschaften - so die Nationalisierungsmaßnahmen, den Freundschaftsvertrag mit der Sowjetunion, die kommunistische Repräsentanz in der Regierung und nicht zuletzt die Schaffung der Nationalen Fortschrittsfront, u.a.m. - entschieden verteidigen.

Eben darin liegt auch die eigentliche Ursache für die Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen jenen rechten Elementen der DPK auf der einen, den imperialistischen Mächten und dem Iran auf der anderen Seite.

Diese Auseinandersetzungen sind der Hintergrund der feindlichen Haltung und der bewaffneten Aktionen, die die reaktionären Kräfte der DPK gegen unsere Partei und ihre Organisationen in Kurdistan entfachten. Die Behauptung jener Kräfte, der Grund ihrer feindseligen Kampagne gegen unsere Partei liege in der Bewaffnung der Kommunisten, ist völlig unhaltbar. Unsere Partei legte stichhaltiges Material vor, das den Beweis dafür liefert, daß die Kampagne gegen uns längst begonnen hatte, bevor die Kommunisten zur Selbstverteidigung gegen die militärischen Unterdrückungsaktionen übergingen.

Diese bedrohliche Entwicklung und die schwer-

wiegenden Folgen der Angriffe auf die fortschrittlichen Kräfte deuten auf einen politischen Rechtsruck innerhalb der DPK hin, auf ihr Zusammengehen mit der äußersten Reaktion, die diese Politik auslöste, beklatschte und förderte, in der Hoffnung, ihre Verschwörungspläne durchzusetzen. Mit Sicherheit wird ein weiteres Festhalten an diesem politischen Kurs für die kurdische Sache ernste Gefahren heraufbeschwören und dem gesamten irakischen Volk großen Schaden zufügen.



Aziz Mohammed, Generalsekretär der Irakischen Kommunistischen Partei

II. Das Wesen der kurdischen Befreiungsbewegung

Der gegenwärtige Kampf um die Lösung der Kurdenfrage muß sich - so die Auffassung unserer Partei - darauf konzentrieren, die politische Einheit des Irak auf dem bestmöglichen Wege und auf der Grundlage von Beziehungen voranzubringen, die diese Einheit festigen und günstiger gestalten.

Die nationale Befreiungsbewegung des kurdischen Volkes im Irak, die ein integraler Bestandteil der demokratischen und patriotischen Gesamtbewegung des irakischen Volkes war und ist, umfaßt verschiedene Klassen und soziale Gruppen, die ein Interesse an der Herstellung der nationalen und demokratischen Rechte verbindet. Diese Klassen bzw. Gruppen und ihre jeweiligen politischen Repräsentanten haben jedoch verschiedenartige objektive Interessen und unterschiedliche Auffassungen über diese Rechte. Darum ist es nicht verwunderlich, daß ihre Anschauungen und Ziele über den Inhalt der nationalen Rechte auseinandergehen. Auch ist es nur konsequent, daß angesichts der Vertiefung des revolutionären Prozesses und im

Zuge der Weiterentwicklung der revolutionären Bewegung unseres Landes zwischen ihnen Gegensätze auftauchen. Denn die anstehenden revolutionären Aufgaben und langfristigen Ziele stehen im Widerspruch zu den materiellen Interessen der Ausbeuter und Profiteure. (...)

Unsere Partei betrachtete die Bildung der Demokratischen Partei Kurdistans während des 2. Weltkrieges sowohl als eine objektive, durch die konkreten historischen und nationalen Verhältnisse der kurdischen Gesellschaft bedingte Erscheinung, als auch als ein Produkt sich herausbildender sozialer Klassen mit unterschiedlichen Interessen in dieser Gesellschaft. Unsere Partei schätzte die DPK als eine patriotische, bürgerlich-nationalistische Partei ein, die sich gegen Imperialismus, Reaktion und die nationale Unterdrückung des kurdischen Volkes wandte. Daraus ergaben sich für die Irakische Kommunistische Partei wichtige übereinstimmende Punkte und gemeinsame Ziele mit der DPK. Im Mittelpunkt stand das Bestreben unserer Partei, eine Politik der Zusammenarbeit und des Bündnisses zu entwickeln. Eine Vielzahl gemeinsamer Kämpfe wurden unter dem Banner der Aktionseinheit in der Geschichte der beiden Parteien geführt. Es gab eine Zeit, in der die IKP als einzige Partei für den Beitritt der DPK zur Nationalen Front eintrat. Auch stellte diese enge Zusammenarbeit das Verbindungsglied zwischen der Front der Patriotischen Allianz und der DPK dar, als diese sich 1957 der Front anschloß.¹⁾

III. Hintergründe der aktuellen Differenzen zwischen IKP und DPK

(...) Alles in allem nahmen die Differenzen zwischen unseren Parteien in der letzten Zeit mehr und mehr den Charakter einer politischen, ideologischen und klassenmäßigen Kontroverse oder politischer Meinungsverschiedenheiten an, die sich folgendermaßen zusammenfassen lassen:

1.) Wiederholt forderten bestimmte Strömungen innerhalb der DPK die Auflösung unserer Parteiorganisationen in Kurdistan. Diese Forderungen wurden erhoben unter Vorwänden wie: "In Kurdistan gibt es keine Klassenunterschiede", "in Kurdistan existiert keine Arbeiterklasse", "die kurdischen Bauern lehnen kommunistische Organisationen ab" oder "es ist unvernünftig, die kurdische Nationalbewegung rot einzufärben". In jüngster Zeit wurde dem der Vorwand hinzugefügt, daß die DPK an der Spitze der nationalen Befreiungsbewegung stehe und daher autorisiert sei, darüber zu verfügen, ob die Existenz anderer politischer Organisationen in der kurdischen Gesellschaft des Nordirak akzeptabel oder abzulehnen sei. Dazu kommen Parolen und Forderungen, die den demokratischen Prinzipien diametral entgegenstehen, mit denen ein Monopol der politischen Tätigkeit für die DPK beansprucht und die Unterdrückungspraktiken gegen andere patriotische Parteien gerecht-

fertigt werden. All dies gipfelte in der letzten Zeit in der Verfolgung, Ermordung und Verschleppung von Kommunisten. Die Wurzel dieser Erscheinungen ist der Antikommunismus bestimmter Kreise der DPK, hinter denen sich die Interessen der Ausbeuterklassen verbergen und die von Imperialismus und Reaktion angespornt werden.

Unsere Partei hat in ihrer 40jährigen Geschichte stets die Anmaßung irgendwelcher Kreise schärfstens zurückgewiesen, über die Frage der politischen Existenz der IKP oder über ihr Recht der Interessenvertretung des Volkes - Araber, Kurden und nationale Minderheiten - und der Arbeiterklasse zu befinden (...)

2.) Jene Führungskreise der DPK nehmen eine ablehnende Haltung gegenüber dem Kampf der arbeitenden Massen zur Durchsetzung fortschrittlicher sozialer und ökonomischer Umwälzungen in Kurdistan ein, die im Interesse der Arbeiter, der armen Bauern, der Tagelöhner, der werktätigen Intelligenz und der anderen Werktätigen in Stadt und Land liegen. Diese Kreise versuchen, eine breite Front unter Teilnahme der feudalen und auch der bürgerlichen Kräfte herzustellen, die den Interessen der werktätigen Massen antagonistisch gegenüberstehen. Sie treten unter nationalistischen Parolen und für die Erfüllung eines Programms auf, das sich gegen den Klassenkampf in Stadt und Land richtet.

Die politische und soziale Entwicklung des Irak, seiner politischen Organisationen und des Massenbewußtseins haben aber schon seit Jahrzehnten politische Gruppierungen solcher Art hinter sich gelassen. Solche labilen Organisationen, die verschiedenartige soziale Gruppen mit dem einzigen Ziel zusammenfassen, dem fortschrittlichen Kurs und den demokratischen Errungenschaften den Weg zu versperren, können zu nichts anderem führen als zur Vorherrschaft reaktionärer Strömungen, welche den Werktätigen Kurdistans feindlich gesinnt sind.

3.) Ein Teil der führenden Kreise der Demokratischen Partei Kurdistans macht keinen Unterschied zwischen einerseits den früher herrschenden arabischen Gruppierungen, die das kurdische Volk unterdrückten und es seiner nationalen Rechte beraubten und den werktätigen Massen, ihren progressiven und revolutionären arabischen Kräften andererseits, die ebenso Opfer der Verfolgungen und der Ausbeutung waren und die kein Interesse an der Unterdrückung des kurdischen Volkes haben. Ganz im Gegenteil: Sie kämpften auf verschiedenste Weise an der Seite des kurdischen Volkes für ein demokratisches System und für die Gewährung der nationalen Rechte für die Kurden und anderen nationalen Minderheiten im Irak. Wohl wurde diese schädliche Politik durch die chauvinistische Haltung bestimmter arabischer Kreise verursacht; doch rechtfertigt das nicht den Übergang einflußreicher Kreise innerhalb der DPK zum engstirnigen Nationalismus.

4.) Sie gehen an die Lösungsschritte und Regelung der Kurdenfrage einseitig heran: Sie isolieren das Kurdenproblem vom einheitlichen Kampf des irakischen Volkes, sie betrachten es losgelöst vom gegenwärtigen politischen Entwicklungsprozeß im Irak wie von der Weiterentwicklung der patriotischen Bewegung, sie isolieren die Kurdenfrage vom aktuellen Kampf für die Realisierung der patriotischen und demokratischen Aufgaben, die die gemeinsame Sache des ganzen irakischen Volkes, aller patriotischen Parteien und Kräfte sind. Diese Kreise der DPK waren mehrfach verstrickt in die Vorbereitung von Verschwörungen gegen die Regierung durch die äußere und einheimische Reaktion.

5.) Die bornierte Haltung gewisser Führungskreise der Demokratischen Partei Kurdistans

fürte dazu, daß sich die DPK einer Regelung der Kurdenfrage auf demokratischer Grundlage widersetzt. Diese Kreise versuchen der Autonomie ihren demokratischen Inhalt zu nehmen und sie in einen gegen die werktätigen Massen gekehrten Gewaltapparat zu verwandeln. Sie versuchen, die Massen mit Versprechungen in ein gefährliches Labyrinth zu locken, indem sie auf überholte Forderungen zurückgreifen, die dem gesamten irakischen Volk - Arabern wie Kurden - den eingeschlagenen Weg zum sozialen und politischen Fortschritt versperren sollen (...)

6.) In den letzten zwei Jahren kamen Meinungsverschiedenheiten zwischen unserer Partei und bestimmten führenden Kreisen der DPK hinzu, die die Vorbehalte der DPK einmal gegenüber dem antimperialistischen und antireaktionären Kurs der patriotischen Regierung, zum anderen gegenüber der Festigung der Freundschaft und Zusammenarbeit unseres Landes mit der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Ländern

harreten diese Teile der DPK auf ihrer Politik, die für die kurdische Sache und für die DPK mit gefährlichen Konsequenzen verbunden ist. (...)

Die Irakische Kommunistische Partei trat stets für die Entwicklung kameradschaftlicher Beziehungen mit der DPK ein. Sie hat stets betont, daß Uneinigkeit und Feindschaft weder im Interesse der beiden Parteien noch irgendwelcher anderer patriotischer Kräfte liegen, sondern daß sie alleine den verschwörerischen Plänen von Imperialismus und Reaktion von Nutzen sind. (...)

Unsere Partei ist der Auffassung, daß die Wiederherstellung einer Zusammenarbeit mit der Demokratischen Partei Kurdistans im Rahmen



beträfen. Insbesondere richteten sich ihre Angriffe gegen den Irakisch-Sowjetischen Freundschaftsvertrag, den die Volksmassen und Fortschrittskräfte unseres Landes als bedeutende Errungenschaft, als einen sicheren Garant für ein erfolgreiches Voranschreiten im Kampf gegen Imperialismus, Reaktion und Zionismus, für eine sozialistische Zukunft des Irak begrüßten.

7.) Einige Führer der DPK nehmen gegenüber den imperialistischen und reaktionären Staaten und Feinden des Irak, die vorgeben, Freunde des kurdischen Volkes zu sein, eine schädliche und falsche Haltung ein.

Selbst die einfachen Mitglieder der DPK wissen sehr wohl um die Feindseligkeit, die Gegnerschaft dieser reaktionären Kreise gegenüber der Sache des kurdischen Volkes und wie sehr sie dessen Voranschreiten in einer demokratischen und patriotischen Richtung fürchten. Obwohl unsere Partei die Führer der DPK wiederholt vor der Fahrlässigkeit einer Politik warnte, die sich der sogenannten Unterstützung und Hilfe seitens der imperialistischen und reaktionären Staaten bedient, - also der Hilfe der Kräfte, die die arabische nationale Befreiungsbewegung bekämpfen - be-

der Nationalen Fortschrittsfront nicht ohne die Rückkehr der DPK zu einer anerkennenden Haltung gegenüber dem fortschrittlichen Kurs der Regierung und zu den Errungenschaften unseres irakischen Volkes möglich ist; daß die Zusammenarbeit nicht ohne die Bereitschaft der DPK, die bedrohliche Kluft zu überwinden, die sich durch ihre Politik herausgebildet und vertieft hat, hergestellt werden kann. Notwendig ist zugleich die Einstellung der Verfolgungen gegen Kommunisten und die Respektierung des Rechtes unserer Partei auf freie politische Betätigung in Irakisch-Kurdistan. Dieses edle Ziel ist erreichbar. Seine Verwirklichung hängt in erster Linie vom Kampf der werktätigen Massen, von der Aktionseinheit aller patriotischen Kräfte und Gruppierungen in Kurdistan ab.

Unsere Partei ruft alle aufrichtigen Führungs-

kräfte der DPK, sie ruft die gesamte DPK auf, mit jener von der Reaktion angezettelten Politik in Kurdistan Schluß zu machen, die einer Aufsplitterung und Schwächung der patriotischen Kräfte, einer Zusammenarbeit mit dem Antikommunismus und einem Verzicht auf das von der DPK in der Vergangenheit beschlossene patriotische Programm gleichkommt.

IV. Der Weg zur Lösung der Kurdenfrage

Das kurdische Volk des Irak hat bereits wichtige Erfolge bei der Erfüllung einer Vielzahl von Bestimmungen des März-Manifestes (Vertrag zur Beendigung des "Kurdenkrieges" von 1970, d.Red.) zur Gewährung seiner nationalen Rechte errungen, verbunden mit der Einleitung einer Reihe staatlicher Entwicklungsprojekte in Kurdistan.²⁾ (...)

Unsere Partei sieht die Erfordernisse zur Herstellung der nationalen Rechte des kurdischen Volkes in untrennbarem Zusammenhang mit dem allgemeinen Kampf des irakischen Volkes gegen Imperialismus und Reaktion, für die Festigung

der nationalen Unabhängigkeit, für die Errichtung eines demokratischen Regimes und für die Durchführung sozialer Umwälzungen. Es wäre unhaltbar, den Kampf des kurdischen Volkes vom Kampf des gesamten irakischen Volkes zu isolieren. Dieser Weg zur Lösung der Kurdenfrage ist der Ausdruck objektiver und grundlegender gemeinsamer Interessen des gesamten irakischen Volkes - von Arabern, Kurden und nationalen Minderheiten.

Unter den gegenwärtig in unserem Lande herrschenden Bedingungen ist die Selbstverwaltung für das irakische Volk im Rahmen der Republik Irak die konkrete Form der Regelung der Kurdenfrage. (...)

Alle patriotischen Parteien treten für die Autonomie ein, auch wenn sie an Form und Inhalt verschieden herangehen. Die Lösung der Autonomie, deren Realisierung jetzt auf der Tagesordnung steht, fiel vor ein oder zwei Jahrzehnten auf keinen fruchtbaren Boden. So sehr der Kampf des kurdischen Volkes und der demokratischen Kräfte des Landes die Grundlage



Ländarbeiter und arme Bauern auf einer Sympathiekundgebung für die revolutionäre Agrarpolitik der Regierung Al Bakr.

licht ohne
kennenden
schen Kurs
zahlen un-
t: daß die
lschaft
überwachen,
geliefert
en kann.
ung der
die Respek-
auf freie
Kurdistan.
eine Ver-
vom Kampf

der wirklichen Massen, von der Aktionseinheit
Basis und Gruppenformen

für die Verwirklichung der Autonomie bleibt, ist die Regierungspolitik der Baath-Partei ein ausschlaggebender Faktor, da sie für die Kurdenfrage eine fortschrittlichere Lösung sucht als alle anderen Kräfte, die zuvor im Irak und der ganzen Region an der Macht waren. (...)

Die Irakische Kommunistische Partei bekräftigt die Notwendigkeit und Möglichkeit zur Lösung der Kurdenfrage in unserem Lande auf demokratischer Grundlage und durch die Einrichtung der Selbstverwaltung im kurdischen Gebiet, als Bestandteil des Kampfes um die Verwirklichung demokratischer Verhältnisse im ganzen Lande. Die Selbstverwaltung sollte sich in erster Linie auf die Willensbekundung der werktätigen Massen in Kurdistan und auf die enge Zusammenarbeit der dortigen patriotischen Kräfte stützen. Dazu muß sie den kurdischen Werktätigen und dem gesamten irakischen Volk reale Vorteile bringen. (...)

Das Kurdenproblem befindet sich gegenwärtig in einer schwierigen Phase.

Das Gesetz über die Autonomie ist ein wichtiger Schritt auf dem Wege zur Lösung der Kurdenfrage im Interesse des kurdischen wie des ganzen irakischen Volkes. Es sichert der kurdischen Bevölkerung des Irak die Erweiterung der nationalen Rechte zu und gibt ein Beispiel für den Kampf der kurdischen Bevölkerung in der Türkei und im Iran.

Die Verwirklichung des Projekts der Selbstverwaltung erfordert die Mobilisierung aller aufrichtigen Kräfte der kurdischen nationalen Befreiungsbewegung, insbesondere der Mitglie-

der der DPK, der Kommunisten und der fortschrittlichen nationalen und unabhängigen Kräfte, die Zusammenarbeit mit der Baath-Partei und den anderen fortschrittlichen Faktoren in der patriotischen Bewegung des Irak, die Wiederherstellung der Kooperation und der Einheitsfront.

Die IKP warnt vor der Wühlarbeit der Imperialisten und der lokalen Reaktion. Sie ruft die DPK zur Beteiligung an der Nationalen Fortschrittsfront und am fortschrittlichen Regime zur Verwirklichung der edlen Ziele des kurdischen und des gesamten irakischen Volkes auf.

Anmerkungen:

1) Im Rahmen der "Front der Patriotischen Allianz" trug das Bündnis zwischen der Irakischen Kommunistischen Partei und der Demokratischen Partei Kurdistans wesentlich zum Sturz der Monarchie und zur Errichtung der Republik Irak im Jahre 1958 bei. Während des "Kurdenkrieges" von 1961-1970 kämpften Tausende von kurdischen und arabischen Mitgliedern der Kommunistischen Partei an der Seite bzw. in den Reihen der kurdischen Partisanenarmee gegen die irakischen Regierungstruppen. Die IKP, die neben der DPK die stärkste politische Organisation in Irakisch-Kurdistan ist, übernahm nach der Machtergreifung Al Bakrs 1968 eine Vermittlerrolle zwischen der DPK und der regierenden Baath-Partei. Ihre Bemühungen - wie die der Baathisten - um die Einbeziehung der "DPK als aktiver Partner in die Nationale Fortschrittsfront" und die "Verwirklichung der Selbstverwaltung des kurdischen Volkes" fanden Eingang in die Gründungscharta der Nationalen Front vom 7.7.1973.

2) Vgl. AIB, Nr.10/1973, S. 13

(Quelle: IRAQI LETTER, No.3, March 1974, Report of the Central Committee-Plenum of the Iraqi Communist Party (25. Jan.1974), S.31-46)

Gesetz über die Autonomie der kurdischen Region 11. März 1974

Teil I: Grundlage der Autonomie

1. Kapitel - Allgemeine Prinzipien

Artikel 1:

A) Die Region von Kurdistan erhält die Autonomie.
Die Benennung dieser Region erfolgt gemäß dem vorliegenden Gesetz.

B) Die Region umfaßt die Orte, die mehrheitlich von Kurden bewohnt werden.

Die amtliche Erhebung legt die Grenzen der Region gemäß dem Manifest vom 11. März 1970 fest. Die Register der amtlichen Volkszählung aus dem Jahr 1957 bilden die Grundlage, nach der die Nationalität der absoluten Mehrheit der Bevölkerung in den Orten bestimmt wird, die die amtliche Erhebung erfaßte.

C) Die Region ist die einzige Verwaltungseinheit mit eigenem und autonomem Charakter im Rahmen der juristischen, politischen und ökonomischen Gesamtheit der irakischen Republik. Die Veränderungen der Verwaltung müssen nach den Bestimmungen des Gesetzes der Verwaltungsbezirke vollzogen werden, ohne die Bestimmungen des vorliegenden Gesetzes zu verletzen.

D) Das Gebiet ist integraler Bestandteil des irakischen Territoriums und seiner Bevölkerung, d.h. des irakischen Volkes.

E) Zur Sicherung der Autonomie ist Erbil die Hauptstadt des Verwaltungsbezirks.

F) Die autonomen Institutionen sind Bestandteil der Institutionen der irakischen Republik.

Artikel 2:

A) In dieser Region ist Kurdisch neben Ara-

bisch offizielle Landessprache.

B) Kurdisch ist die Unterrichtssprache für alle Kurden in der Region.

Arabischunterricht ist in allen Stufen und in allen Schultypen obligatorisch.

C) In der Region werden für die arabische Bevölkerung Schulen eingerichtet, in denen Arabisch Unterrichtssprache ist und Kurdisch obligatorisch gelehrt wird.

D) Alle Bürger der Region haben das Recht, die Schule zu wählen, die sie besuchen möchten, ohne Rücksicht auf ihre Muttersprache.

E) In der Region ist das Bildungswesen auf allen Stufen gebunden an die allgemeine Staatspolitik auf dem Gebiet der Erziehung und Bildung.

Artikel 3:

A) Die Rechte und Freiheiten der arabischen Bürger und der anderen Minderheiten werden gemäß der Verfassung, der diesbezüglichen Gesetze und Beschlüsse garantiert. Die autonome Verwaltung verpflichtet sich, ihre Anwendung durchzusetzen.

B) Die arabischen Bürger und anderen Minderheiten sollen in allen Einrichtungen der autonomen Regierung, proportional zu ihrem Anteil an der Bevölkerung des jeweiligen Gebietes, vertreten sein. Sie tragen dazu bei, die öffentlichen Funktionen gemäß der diesbezüglichen Gesetze und Beschlüsse auszuüben.

Artikel 4:

Die Justiz ist unabhängig und das Gesetz stellt für sie die einzige Autorität dar. Ihre Organe sind integraler Bestandteil des Gerichtswesens der irakischen Republik.

2. Kapitel - Finanzen

Artikel 5:

Die Region ist eine unabhängige Finanz Einheit innerhalb der staatlichen Finanzhoheit.

Artikel 6:

A) Die Region hat einen eigenen Haushalt im Rahmen des einheitlichen Finanzhaushalts des Staates.

B) Dieselben Regeln und Prinzipien, die für die Erstellung des Staatshaushalts gelten, gelten auch für die Erstellung des Haushalts der Region. (...)

Teil II: Institutionen der autonomen Verwaltung

1. Kapitel - Legislativrat

Artikel 10:

Der Legislativrat ist die gesetzgebende Körperschaft, die in der Region gewählt wird. Ein Gesetz bestimmt seine Satzung, seine Organisation und die Verfahrensvorschriften.

Artikel 11:

A) Der Legislativrat wählt aus seinen Mit-

gliedern seinen Präsidenten, einen Vizepräsidenten und einen Sekretär. (...)

Artikel 12:

Innerhalb der Grenzen der Verfassung und der Gesetze hat der Legislativrat folgende Machtbefugnisse:

- (A) Ausarbeitung seiner internen Satzung.
- (B) Annahme der legislativen Beschlüsse, die Entwicklung der Region und ihre lokalen Sozial-, Erziehungs-, Bau- und Wirtschaftseinrichtungen betreffend, im Rahmen der allgemeinen Politik des Staates.
- (C) Annahme der gesetzlichen Beschlüsse entsprechend der Entwicklung der Kultur, der Charakteristika und nationalen Traditionen der Bürger der Region.
- (D) Annahme der Gesetzesentschlüsse bezüglich der halboffiziellen Verwaltungsbezirke, der örtlichen Einrichtungen und -Verwaltungen, nachdem die zuständigen zentralen Autoritäten konsultiert wurden.
- (E) Überprüfung der Einzelprojekte, die vom Exekutivrat ausgearbeitet werden, sowohl auf den Gebieten der ökonomischen und sozialen Angelegenheiten, als auch der Entwicklungsprojekte und der Angelegenheiten der Erziehung, Bildung, des Gesundheitswesens und der Arbeit, entsprechend den Anforderungen der zentralen globalen Planung des Staates und den Anordnungen für ihre Anwendung. (...)
- (I) Abstimmung über Mißtrauensanträge, die entweder den ganzen Exekutivrat oder eines oder mehrere seiner Mitglieder betreffen. Demjenigen, dem das Mißtrauen ausgesprochen wird, wird sein Mandat entzogen. Die Entscheidung des Vertrauensentzugs muß von der Mehrheit der Mitglieder des Legislativrates angenommen werden.

2. Kapitel - Exekutivrat

Artikel 13:

A) Der Exekutivrat ist die ausführende Körperschaft der Verwaltung der autonomen Region.

B) Der Exekutivrat setzt sich zusammen aus einem Präsidenten, einem Vizepräsidenten und einer ...Anzahl von 10 Mitgliedern; diese Anzahl kann um ein oder zwei Mitglieder überschritten werden.

C) Der Präsident der Republik beauftragt eines der Mitglieder des Legislativrates, den Exekutivrat zusammenzusetzen und dessen Vorsitz zu führen.

D) Der beauftragte Präsident wählt die Mitglieder des Exekutivrats und seinen Vizepräsidenten aus den Mitgliedern des Legislativrats oder jene, die den Bedingungen entsprechen, welche ein Mitglied des Legislativrats erfüllen muß.

Der Präsident (des Exekutivrats, d.Red.) muß sich an den Legislativrat wenden, um sein Vertrauen einzuholen. Ist das Vertrauen einmal von der Mehrheit der Mitglieder des Legislativrats gewährt, wird seitens des Präsidenten ein Dekret zur Zusammensetzung des Exekutivrats erlassen.

E) Der Präsident und die Mitglieder des Exekutivrats tragen den Rang von Ministern. (...)

Artikel 14:

A) Die Bezirksverwaltungen der Region sind dem Präsidenten des Exekutivrats unterstellt. (...)

C) Die Kompetenzen der folgenden Verwaltungen sind wie folgt bestimmt:

- 1 - Verwaltung der internen Angelegenheiten: Polizei, zivile Verteidigung und Staatsämter.
- 2 - Verwaltung der sozialen Angelegenheiten: Gesundheitswesen, Arbeit und soziale Einrichtungen.
- 3 - Verwaltung der ökonomischen - und finanziellen Angelegenheiten: Bezirkshaushalt, lokale Handels- und Industrieniederlassungen.

D) Die Verantwortung für die Verwaltungen obliegt Mitgliedern des Exekutivrats, den "Generalsekretären". Ein Stellvertreter (mit einem besonderen Titel) wird für jeden von ihnen ernannt.

gesetzten, die Verwaltungsfunktionäre der autonomen Region, für deren Nominierung weder ein Dekret noch die Zustimmung des Präsidenten der Republik erforderlich ist. Diese Funktionäre unterstehen denselben Gesetzen wie die Funktionäre der irakischen Republik mit dem Vorbehalt, daß in den Verwaltungsbezirken mit kurdischer Bevölkerungsmehrheit die gewählten Funktionäre Kurden sein müssen oder Personen, die die kurdische Sprache perfekt beherrschen, ohne die Vorschriften des Artikels (3) des vorliegenden Gesetzes zu verletzen.

H) Verwaltung des Haushalts der Region.

3. Kapitel - Verhältnis zwischen der zentralen Autorität und der Verwaltung der autonomen Region

Artikel 16:

Mit Ausnahme der Machtbefugnisse, die durch die Institutionen der autonomen Regierung kraft des vorliegenden Gesetzes ausgeübt werden, obliegt die Ausübung der Machtbefugnisse im Territorium der irakischen Republik den zentralen Organen oder ihren Vertretern.

Artikel 17:

A) Die Einrichtungen der Sicherheits- und Landespolizei unterstehen der allgemeinen Verwaltung des Innenministeriums. Ihr Personal untersteht den Bestimmungen der in der irakischen Republik geltenden Gesetze, Regelungen und Vorschriften. (...)

Artikel 18:

C) Die zentrale Autorität ernennt einen Staatsminister; diesem obliegt die Koordination der Aktivitäten, die einerseits von der zentralen Autorität, andererseits von den Institutionen der autonomen Regierung ausgeübt werden. Er ist berechtigt, an allen Sitzungen dieser Institutionen teilzunehmen. Die zentrale Autorität kann einen Minister für dieses Amt delegieren.

D) Dieser staatliche Minister wird von den Entscheidungen der autonomen Institutionen unverzüglich in Kenntnis gesetzt.

E) Der Präsident des Exekutivrats nimmt an den Sitzungen des Ministerrats teil.

Artikel 19:

A) Die Kontrolle über die Rechtmäßigkeit von Beschlüssen der autonomen Institutionen wird vom Obersten Gerichtshof der Republik durch ein Spezialorgan ausgeübt; dieses besteht aus dem Gerichtspräsidenten und vier Mitgliedern, die von und aus den Mitgliedern des Obersten Gerichtshofes für 3 Jahre gewählt werden und nur einmal wiedergewählt werden können. (...)

Artikel 20:

Der Präsident der Republik kann den Legislativrat auflösen, falls dieser seine Machtbefugnisse nicht mehr wahrzunehmen vermag, d.h. wenn die Hälfte seiner Mitglieder zurücktritt, wenn die gesetzlich festgelegte, zur Beschlußfassung erforderliche Zahl anwesender Mitglieder innerhalb von 30 Tagen nach Einberufung des Rates nicht erreicht werden kann, wenn er zweimal hintereinander das Vertrauen nicht gewinnen kann, wie es in Artikel 13, D des vorliegenden Gesetzes definiert ist oder, wenn er sich weigert, die Beschlüsse des (ge-



Artikel 15:

Der Exekutivrat hat folgende Machtbefugnisse:

- A) Er sichert die Einhaltung der Gesetze und Regelungen.
- B) Er achtet auf die Respektierung der Gerichtsentscheidungen.
- C) Er sorgt für Gerechtigkeit, Sicherheit und öffentliche Ordnung und sichert den Schutz der nationalen und lokalen öffentlichen Dienste ebenso wie der Allgemeinheit und der Staatsgeheimnisse.
- D) Er trifft Entscheidungen zur Durchführung aller lokalen legislativen Beschlüsse.
- E) Er erarbeitet Projekte für detaillierte Pläne auf ökonomischem und sozialem Gebiet sowie Entwicklungsprojekte für Erziehung, Unterricht, Gesundheitswesen und Arbeit gemäß den Erfordernissen der zentralen globalen Staatsplanung und den Anordnungen ihrer Anwendung. Er muß diese Pläne dem Legislativrat zur Bestätigung vorlegen.
- F) Er kontrolliert die lokalen öffentlichen Dienste und - Einrichtungen der Region.
- G) Er ernennt, gemäß den Dienst- und Personal-

richtlichen, d.Red.) Spezialorgans einzuhalten, wie in Artikel 19 des vorliegenden Gesetzes vorgeschrieben.

B) Im Falle einer Auflösung des Legislativrats übernimmt der Exekutivrat dessen Machtbefugnisse, bis ein neuer Legislativrat gewählt ist. Die Neuwahl muß innerhalb von 80 Tagen nach dem Zeitpunkt der Auflösung durch das Dekret des Präsidenten erfolgt sein.

Artikel 21:

Das vorliegende Gesetz tritt mit der Veröffentlichung in der offiziellen Presse in Kraft.

Bagdad, 11. März 1974.

AHMED HASSAN AL BAKR, Präsident des Rates des Revolutionskommandos.

(Quelle: L'opinion de Bagdad, Nr. 41, 15.3.1974, S. 7-11)

Kambodscha

Anlässlich der internationalen Solidaritätswoche zur Unterstützung des Kampfes des kambodschanischen Volkes vom 19.-23. März 1974 besuchte die Repräsentantin des kambodschanischen Befreiungskampfes, Frau Poc Mona, als Gast der "Initiative Internationale Vietnam-Solidarität" die Bundesrepublik.

Frau Poc Mona - Mitglied der Mission der Königlichen Regierung der Nationalen Einheit von Kambodscha (GRUNK) in Frankreich - gewährte der Redaktion des Antimperialistischen Informationsbulletins ein längeres Interview.

Im 1. Teil des Interviews, den wir im folgenden abdrucken, geht Frau Poc Mona auf die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Veränderungen in den befreiten Gebieten Kambodschas ein. Weiterhin erläutert sie die Ursachen, den Umfang und die Auswirkungen der - besonders in den letzten Wochen und Monaten - anwachsenden Massenaktionen in den noch von Lon Nol kontrollierten Gebieten.

AIB-Interview mit Frau Poc Mona (1. Teil)



Frage: In seiner Rede auf der internationalen Solidaritätskonferenz mit Kambodscha in Paris im Dezember 1973 hat Thiounn Prasith, der Leiter der kambodschanischen Delegation, eine allgemeine Würdigung der positiven sozialen Veränderungen in der befreiten Zone gegeben. Können Sie einige zusätzliche Angaben machen über die Produktion, die Lebensmittelversorgung der Bevölkerung, die Arbeit der lokalen Volksorgane und der Jugendorganisation der FUNK?

Antwort: Die FUNK ist jetzt fest in den Volks- und Bauernmassen verankert; sie wird

ständig stärker und größer; sie vereint bereits mehr als 80% der Gesamtbevölkerung und kontrolliert mehr als 90% des nationalen Territoriums; dort wird eine glänzende und hoffnungsvolle Volksmacht aufgebaut und gefestigt, mit einer sich schnell entwickelnden Wirtschaft, einer sich voll entfaltenden Nationalkultur und einer medizinischen und sozialen Situation, die sich ständig verbessert.

In der befreiten Zone, wo sich die Verräter nicht herumzutreiben wagen, kann die Bevölkerung in größerer Sicherheit leben als in den vorläufig noch vom Feind kontrollierten Zentren. Sie kann sich hier ausreichend versorgen, und jeder nimmt aktiv am Kampf teil, arbeitet mit Eifer in den Reiskulturen und auf den Feldern.

Hier ein Auszug aus einem Brief aus der befreiten Zone, den ein junger Mann an seine Mutter nach Phnom Penh schrieb: "In den befreiten Gebieten, da gibt es Sicherheit, Wohnungen, Land, Ochsen und Büffel, Reiskulturen und Felder. Mit einem Wort, es gibt alles, was man für ein glückliches Leben braucht."

Was die Wirtschaft angeht, so erhöhen sich die Ernteerträge sprunghaft, dank der Organisation von Genossenschaften, von Gruppen gegenseitiger Hilfe und Produktionsinitiativen, die Ernte verbessert sich stetig und der Ertrag beträgt 3 t pro Hektar statt früher 1,2 t.

Immer häufiger werden zwei Ernten pro Jahr eingebracht. Die bebaute Fläche nimmt ebenfalls zu. Das Handwerk ist wiederbelebt worden. Sarongs aus Seide, Schals, Vasen, Keramikgefäße, Krüge für den Prahoc, gängige Gebrauchsgegenstände - angefertigt aus dem Metall der Tausenden Tonnen von Bomben, zerstörten Flugzeugen oder Panzerfahrzeugen - findet man überall in der befreiten Zone. Die traditionellen Berufe des Gießers, des Schmieds werden zur stark zunehmenden Herstellung von Ackerbaugeräten fast in allen Orten wieder ausgeübt.



Landwirtschaftliche Kooperative in den befreiten Gebieten.

Zum Beispiel: In den Handelskooperativen der Gemeinden und Distrikte werden Pflugmesser und Pflüge, Sicheln und Messer zu niedrigen Preisen verkauft, hergestellt aus Metall "Made in USA".

In den entfernteren Provinzen, wie Preah Vihear, wo das Metall "Made in USA" fehlt, wird das Eisenerz von Phnom Dek genutzt (Distrikt Rovieng), um Schüsseln, Kannen, Töpfe, Kochgeschirre herzustellen. Verschiedene Arten von Windrädern, mit verbesserten Schaufeln werden gebaut und versorgen in großer Zahl die Bewässerungsanlagen. Außerdem dienen diese Räder als Antrieb für die Reisschälmaschinen. Die Gewinnung von Palmzucker hat sich vom handwerklichen Betrieb in ein mechanisiertes Stadium entwickelt, dank der pedalgetriebenen Schleudern und neuerdings auch des Systems der hintereinandergeschalteten mechanischen Rührapparate.

Ebenfalls in Preah Vihear wird Baumwolle angebaut, und es werden Maulbeerbäume angepflanzt;

die Weberei entwickelt sich.

Früher wurde in den meisten Gemeinden das Weberhandwerk in der Familie ausgeübt, jetzt ist dies Sache der Genossenschaft.

In Kampong Cham wird auf breiter Basis der Bohnenanbau betrieben. Die teils staatliche, teils private Genossenschaft von Srey Santhor stellt hochwertige Seife her. Die gemischte Genossenschaft von Koh Thom in der Provinz Kandal produziert Fischmehl und Salzlake.

Auf sozialem Gebiet: Das Gesundheitswesen entwickelt sich. Trotz der unzähligen Schwierigkeiten konnte die medizinische Infrastruktur in der befreiten Zone mit den bescheidenen Mitteln, die wir zur Verfügung haben, wiederhergestellt werden. Ein Netz von Sanitätseinrichtungen konnte eingerichtet werden, das der Bevölkerung dient und seine dringendsten Bedürfnisse befriedigt. In jedem "Phum" (Weiler) sind Krankenpfleger, und in jedem "Khum" (Dorf) gibt es einen Gesundheitsausschuß. Jeder "Srok" hat eigene Ärzte, und jeder "Khet" besitzt ein oder mehrere Krankenhäuser. Die Volksmacht, die über die Gesundheit der Bevölkerung wacht, hat Krankenhäuser gebaut, ein weites Netz von Sanitätseinrichtungen aufgebaut. Die Gesundheitserziehung hat große Erfolge zu verzeichnen. Gekochtes Wasser trinken, das Dorf sauberhalten, Klärgruben anlegen etc., das alles ist zur Gewohnheit geworden.

Die Schulbildung ist völlig kostenlos. Überall in den befreiten Gebieten werden Kurse organisiert, um den Analphabetismus zu überwinden. Die Volksschulen erleben so überall auf dem Land und in den städtischen Zentren einen großen Aufschwung. Jedes Dorf hat eine oder zwei Schulen. In der Erziehung des Volkes nehmen die patriotische Erziehung und das revolutionäre Heldentum einen besonderen Raum ein. Frauen, frühere Lehrer und andere patriotische Intellektuelle beteiligen sich aktiv an der Erziehung, die in der Muttersprache erfolgt. Gemäß den Bedingungen des Krieges, ist der Unterricht auf politische Ökonomie, Medizin und Militärwissenschaften ausgerichtet. Kulturelle und künstlerische Ausbildung wird ebenfalls erteilt. Sie hat natürlich einen ganz anderen Inhalt als die, die man in den noch besetzten Gebieten findet. Die nationale Kultur und die nationalen Künste des Volkes kommen wieder zu ihrem Recht; ihr Thema ist der heldenhafte Kampf des Volkes gegen die imperialistischen Aggressoren. Künstlergruppen veranstalten regelmäßig Vorstellungen für die Bevölkerung. Die Lehrer, die Künstler, alle beteiligen sich auch an der Arbeit in der Produktion.

Auf politischer Ebene: Gemäß dem politischen Programm der FUNK entwickelt, festigt und stärkt sich die Volksmacht in der befreiten Zone. Von der Bevölkerung gewählte Komitees werden auf allen Ebenen eingesetzt (Dorf, Gemeinde, Distrikt, Provinz) und beschäftigen sich mit allen militärischen, politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Angelegenheiten ihres Gebietes. Überall werden patriotische Massenorganisationen aufgebaut, um die militärischen, politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Aktivitäten anzuregen. Die ganze Bevölkerung ist organisiert: Es gibt die Vereinigung der Patriotischen Frauen, die Vereinigung der Demokratischen Frauen, die Vereinigung der Mütter von Kämpfern, die Vereinigung der Bauern, der Intellektuellen, der Lehrer, der Patriotischen Jugend, der Demokratischen Jugend, Gruppen der Avantgarde-Jugend, der Patriotischen Kinder, die Arbeitergewerkschaft und andere.

Frage: In den letzten Monaten und Wochen gab es anscheinend in den von Lon Nol kontrollierten Gebieten des öfteren Massenaktionen. Welches Niveau haben diese Aktionen, vor allem in Phnom Penh erreicht; wer waren die sozialen Träger dieser Aktionen und welche ökonomischen und politischen Forderungen wurden erhoben?

Antwort: Die Bewegung des Aufstands und der tapfere Kampf der Jugend, der Schüler, Studenten, Lehrer, Professoren und anderen patriotischen Intellektuellen in Phnom Penh ist im

gegenwärtigen Augenblick sehr entwickelt und von großer politischer Bedeutung.

Die Jugendlichen, Schüler, Studenten und das Erziehungspersonal fordern von den Verrätern, daß sie ihnen genügend Reis und andere Konsumgüter geben, ihre Löhne erhöhen, die Preise der Waren senken, mit ihren schändlichen Aktionen aufhören, dem Volk die demokratischen Freiheiten zurückgeben, aufhören, die Bewohner zwangseinzuziehen, keine Durchsuchungen, Plünderungen, Verhaftungen, Folterungen und Massaker an der Bevölkerung mehr durchführen. Sie fordern auch, daß die Verräter unverzüglich ihre Posten räumen und die Macht, die sie usurpiert haben, dem Volk zurückgeben, damit dieses sein Geschick und das seines Landes in die eigenen Hände nehmen kann - unabhängig, souverän und keinem fremden Land untertan.

Die Arbeiter und anderen Werktätigen, die Beamten, patriotischen Soldaten, die patriotischen Bonzen, die in den noch unter der Kontrolle der Verräter befindlichen Orten, vor allem in Phnom Penh, leben, sind einhellig der Meinung, daß die Forderungen der Jugendlichen, Schüler, Studenten, Lehrer, Professoren und anderen patriotischen Intellektuellen in Phnom Penh völlig vernünftig, richtig und legitim sind, denn sie stimmen völlig überein mit den Forderungen der Bonzen und der Bewohner, mit den Forderungen und den Interessen der ganzen Nation und des ganzen Volkes von Kambodscha.

Das ist der Grund dafür, daß die Volksmassen von Phnom Penh, sowie die Bonzen und

Gläubigen, Zivilpersonen und Militärs diese Kampfbewegung nach Kräften unterstützen und massiv daran teilnehmen. Sie sind der Meinung, daß diese Kampfbewegung eine der edelsten und großartigsten Aktionen für das Land und sein Volk und gleichzeitig eine strenge Verurteilung der zutiefst faschistischen Handlungen der Verräter ist.

In dem vom Feind vorläufig besetzten Gebieten haben die Volksmassen aus verschiedenen Schichten und sogar die Patrioten, die noch in Gefängnissen festgehalten werden, Versammlungen veranstaltet, Streiks der Arbeiter und der Schüler sowie Hungerstreiks organisiert, Feierlichkeiten zum Gedächtnis der vier jungen Märtyrer-Studenten Pak Nareth, Khim Savath, Kry Leng, Leang Lim Ai und anderer Patrioten abgehalten. Sie haben eine Bewegung der materiellen und moralischen Unterstützung für die Familien, Nahestehenden und Freunde der Märtyrer ins Leben gerufen. Diese Bewegung der Hilfe gewinnt immer mehr an Breite trotz ihres Verbots und der von den verräterischen Oberen ausgeübten Unterdrückung.

Anerkennung der GRUNK

durch 57 Staaten

Folgende Länder haben die Königliche Regierung der Nationalen Einheit Kambodschas (GRUNK) anerkannt*:

- | | | |
|---------------------|------------------------|----------------------------------|
| 1. Afghanistan | 21. Katar | 41. Rumänien |
| 2. A.R. Ägypten | 22. V.R. Kongo | 42. Sambia |
| | 23. V.D.R. | 43. Senegal |
| 3. Albanien | Korea | 44. Sierra Leone |
| 4. Algerien | 24. Kuba | 45. Somalia |
| 5. Äquatorialguinea | 25. Kuweit | 46. Sudan |
| | 26. Laos (Panthet Lao) | 47. Syrien |
| 6. Bulgarien | 27. A.R. Libyen | 48. Tansania |
| 7. Burundi | 28. Madagaskar | 49. Tschad |
| 8. V.R. China | 29. Malta | 50. Tschechoslowakei |
| 9. Dahome | 30. Mali | 51. Togo |
| 10. DDR | 31. Marokko | 52. Tunesien |
| 11. Gabun | 32. Mauretania | 53. UdSSR |
| 12. Gambia | 33. Mauritius | 54. Uganda |
| 13. Guayana | 34. Mongolei | 55. Ungarn |
| 14. Guinea | 35. Niger | 56. D.R.Vietnam |
| 15. Guinea-Bissau | 36. Obervolta | 57. R. Südvietnam (PRR) |
| 16. Irak | 37. Oman | 58. Zaire |
| 17. A.R. Jemen | 38. Pakistan | 59. Zentralafrikanische Republik |
| 18. V.D.R. Jemen | 39. Palästina | |
| 19. Jugoslawien | 40. Polen | |
| 20. Kamerun | | |

* Die Liste wurde von der kambodschanischen Delegation auf der Pariser Solidaritätskonferenz im Dezember 1973 vorgelegt.

(Zur Verdeutlichung zitiert Frau Poc Mona im folgenden einige Beispiele aus Materialien der FUNK)

"DIE WERKTÄTIGE BEVÖLKERUNG VON PHNOM PENH PROTESTIERT GEGEN DIE ERMORDUNG VON VIER STUDENTEN. (A.K.I. Februar 1974)

Die Anzahl der Arbeiter, die um die Märtyrer trauern, erhöht sich mit jedem Tag. Durch ihre Unterstützung und unbedingte Hilfe für den heldenmütigen Kampf für Frieden, Demokratie und ein menschenwürdiges Leben, der von den Jugendlichen, Schülern, Studenten und Intellektuellen geführt wird, haben die Arbeiter und Werktätigen die faschistischen, grausamen und feigen Akte der an der Macht befindlichen Verräter angeklagt und verurteilt.

DIE PATRIOTISCHEN SOLDATEN UND OFFIZIERE PROTESTIEREN GEGEN DIE KRIMINELLEN TATEN DER VERRÄTERISCHEN VERWALTUNG.

Diese Offiziere und Soldaten sehen ganz klar die Wahrheit und empören sich gegen die faschistischen Taten der Verräter.

Gerade jetzt haben viele patriotische Offiziere und Soldaten die Verbrechen der Verräter bloßgestellt. Die Anzahl der Offiziere und Soldaten, die sich weigern, an der Front zu kämpfen, erhöht sich täglich. Viele unter ihnen haben den Einwohnern offen erklärt, daß sie die Ankunft der F.A.P.L.N.K. (der bewaffneten Volksstreitkräfte, d.Red.) erwarten, um ihre Aktionen mit ihnen zu koordinieren, mit dem Ziel, die erz-antinationalen, erz-verroteten, erz-faschistischen Verräter zu vernichten, um dem großen Elend, das auf der Bevölkerung lastet, ein Ende zu setzen und um so schnell wie möglich ein blühendes Kambodscha wiederzuerrichten.

PHNOM PENH: BUDDHISTISCHER GOTTESDIENST ZUM GEDENKEN DER PATRIOTISCHEN MÄRTYRER (A.K.I. 14. Februar 1974)

Am Jahrestag der Buddha-Weihe (7. Februar) haben die Bonzen mehrerer Pagoden in Phnom Penh einen Gottesdienst zum Gedenken aller Jugendlichen, Schüler, Studenten, Lehrer, Professoren, Intellektuellen und anderen Patrioten gefeiert, die unter den Schlägen der an der Macht befindlichen Verräter gefallen sind. Insbesondere haben sie Messen zur posthumen Ehrung für vier Studenten gelesen, die am 26. und 27. Januar verhaftet und zu Tode gefoltert wurden: Pak Nareth, Khim Savath, Kry Léng, und Leang Lim Ai. Man weiß, daß die gewaltsame Unterdrückung der kämpferischen Bewegung der Jugend, der Lehrer und anderer Intellektueller durch die verräterischen Behörden buchstäblich alle Schichten der Bevölkerung ebenso wie den buddhistischen Klerus aufgewiegelt hat."



Studentische Protestdemonstration gegen die Verbrechen des Lon Nol-Regimes in Phnom Penh 1973.

Frage: Wie sind die Aktivitäten der oppositionellen Kräfte in den von Lon Nol noch kontrollierten Gebieten einzuschätzen? Hat die FUNK auch dort an Einfluß gewonnen?

Antwort: Die Jugendlichen, Schüler, Studenten, Lehrer, Professoren, die Arbeiter besitzen eine lange Kampftradition, zunächst gegen die französischen Kolonialisten, was man hervorheben muß, gegen die japanischen Faschisten, gegen die amerikanischen Imperialisten und ihre Lakaien, die die geschworenen Feinde der Nation und des Volkes von Kambodscha sind. Im Verlauf der letzten zwei Jahre haben sie ständig gegen die Verräter gekämpft. Sie haben immer intensivere und sehr mutige Angriffe gegen den Feind geführt, sie haben die Bewegung des Massenkampfes entfacht und sie im Zentrum des Feindes mit jedem Tag verstärkt, wobei sie den Verrätern in zunehmendem Maße schwere Niederlagen zugefügt haben, was diese mehr und mehr isoliert und zur Verzweiflung bringt. Es ist also eine Bewegung zustande gekommen und ausgeweitet worden, die auch die Volksmassen ergriffen hat, und dieser Kampf ergänzt die von außen durch die bewaffneten Volksstreitkräfte geführten Angriffe; er trägt daher dazu bei, die Verräter von Phnom Penh zu stürzen, die nichts als die Aggressionsinstrumente der amerikanischen Imperialisten sind. In ihren Forderungen haben die Jugendlichen, die Intellektuellen und die Arbeiter ihren Wunsch erklärt, die Verräter ihrer Funktionen zu entheben, und sie haben die FUNK und die GRUNK aufgefordert, die Staatsgeschäfte im Lande und in Phnom Penh in die Hand zu nehmen.



Republik Südvietnam

Um die verstärkten militärischen Auseinandersetzungen in Südvietnam zu beenden und die vollständige Durchsetzung des Pariser Vietnam-Abkommens zu gewährleisten, hat die Provisorische Revolutionäre Regierung der Republik Südvietnam der Saigoner Verwaltung einen 6-Punkte-Vorschlag unterbreitet, der im wesentlichen folgende Maßnahmen vorsieht: 1. Sofortige Feuereinstellung in ganz Südvietnam, 2. Freilassung aller politischen und militärischen Gefangenen bis zum 30. Juni 1974, 3. volle Gewährung der demokratischen Freiheiten, 4. baldige Bildung des Nationalen Rates der Nationalen Eintracht und Versöhnung, 5. Durchführung freier und demokratischer Wahlen und 6. Einhaltung des Pariser Vietnam-Abkommens durch die bewaffneten Streitkräfte und Verminderung des Militärs auf beiden Seiten. Der 6-Punkte-Plan hat folgenden Wortlaut:

6 Punkte-Plan der Provisorischen Revolutionären Regierung

Das Pariser Abkommen über die Beendigung des Krieges und die Wiederherstellung des Friedens in Vietnam wurde vor über einem Jahr unterzeichnet. Aber noch immer gibt es an vielen Orten Südvietnams bewaffnete Kämpfe, es ist noch kein wahrhafter Frieden eingetreten. Die Vereinigten Staaten setzen ihr militärisches Engagement in Südvietnam sowie ihre Einmischung in die inneren Angelegenheiten Südvietnams fort. Sie haben widerrechtlich und massiv Waffen und Kriegsmaterial nach Südvietnam transportiert, Militärpersonal unter zivilem Deckmantel dort belassen und weiteres zur Verstärkung hinzugezogen, sie haben die militärische Hilfe für die Saigoner Verwaltung verstärkt, die sie als Instrument benutzen, um Südvietnam den US-Neokolonialismus aufzuzwingen und die Teilung unseres Landes zu verewigen. Die Saigoner Verwaltung setzt den Krieg mit amerikanischen Dollars, Waffen und Militärberatern fort, verstärkt ihre Überfälle und Bombardierungen gegen die befreiten Gebiete, intensiviert die Polizei- und „Befriedungsaktionen“, verstärkt die Zwangs- und Terrormaßnahmen, die Zusammentreibung der Bevölkerung, die Zwangsrekrutierung sowie den Raub von Reis, Hab und Gut. Darin liegt der Hauptgrund für das Leiden und das Unglück unserer Landsleute.

Die Provisorische Revolutionäre Regierung der Republik Südvietnam, die das Pariser Abkommen über Vietnam strikt verwirklicht, hat der Gemischten Militärkommission und der Konsultativkonferenz der beiden südvietnamesischen Seiten wiederholt logische und vernünftige Vorschläge über eine richtige Regelung der inneren Fragen Südvietnams und über die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechtes der südvietnamesischen Bevölkerung unterbreitet. Doch die Saigoner Verwaltung, die jede ernsthafte Verhandlung ablehnt, benutzte die Verhandlungen, um ihre kriegerischen Handlungen zu verhüllen und zu versuchen, die Existenz von

zwei Verwaltungen, zwei Armeen, zwei Kontrollgebieten und drei politischen Kräften in Südvietnam zu negieren.

Im vergangenen Jahr hat die Bevölkerung im Süden nach dem großen Sieg unserer Nation im patriotischen Kampf gegen die amerikanische Aggression das Banner des Friedens, der Unabhängigkeit, der Demokratie und der nationalen Eintracht erhoben, einen entschlossenen Kampf geführt und in starkem Maße die Machenschaften, die Verletzungen des Abkommens sowie die Sabotageakte gegen den Frieden durch die Vereinigten Staaten und die Saigoner Verwaltung zum Scheitern gebracht. Die befreiten Gebiete wurden im wesentlichen erhalten, die bewaffneten Volksbefreiungskräfte und die revolutionäre Macht stärken sich unaufhörlich. Der Kampf aller Schichten der Bevölkerung, einschließlich der dritten politischen Kraft, in den von der Saigoner Verwaltung kontrollierten Gebieten für Frieden, Verwirklichung des Pariser Abkommens, Demokratie, Verbesserung des Lebensstandards und nationale Eintracht entwickelt sich ständig weiter. Entgegen den Absichten der Vereinigten Staaten und der Saigoner Verwaltung, die durch ihre Ränke versuchen, die De-facto- und De-jure-Existenz der Provisorischen Revolutionären Regierung der Republik Südvietnam zu negieren, wächst das Ansehen der Provisorischen Revolutionären Regierung im Land und in der Welt ständig, sie bestätigt sich als einzig wahrhafte Vertreterin der südvietnamesischen Bevölkerung. Auf Grund der ständigen Verletzungen des Abkommens durch die USA und die Saigoner Verwaltung, die dadurch den Frieden bedrohen, verschärft sich jedoch die Lage in Südvietnam immer mehr: 18 Jahre eines grausamen Aggressionskrieges haben unseren Landsleuten unzählige Leiden und Trauer gebracht. Diese Leiden werden durch die ständigen neuen Verbrechen der USA und der Saigoner Verwaltung seit einem Jahr fortgesetzt. Deshalb strebt die Bevölkerung auch stärker als je zuvor nach

Frieden und nationaler Eintracht und kämpft mit größerer Entschlossenheit als je zuvor für die strikte Realisierung des Pariser Abkommens.

Als Antwort auf diese dringenden Wünsche der verschiedenen Schichten unserer Bevölkerung, in Übereinstimmung mit Geist und Buchstaben des Pariser Abkommens über Vietnam und des Gemeinsamen Kommuniqués vom 13. 6. 1973 sowie auf der Grundlage des 6-Punkte-Vorschlages vom 25. 4. 1973, der am 28. 6. 1973 präzisiert wurde, gibt die Provisorische Revolutionäre Regierung der Republik Südvietnam zur Verwirklichung von Frieden und nationaler Eintracht in Südvietnam feierlich folgende Erklärung ab:

1. In ganz Südvietnam müssen die Waffen sofort zum Schweigen gebracht und die Feuereinstellung strikt verwirklicht werden

Es ist die legitime Forderung und der nachdrückliche Wunsch aller Schichten der südvietnamesischen Bevölkerung, zur gegenwärtigen Stunde die Waffen sofort zum Schweigen zu bringen und in ganz Südvietnam die Feuereinstellung strikt zu verwirklichen.

Im vergangenen Jahr haben die Oberkommandos der beiden südvietnamesischen Seiten zweimal den Befehl zur Feuereinstellung gegeben. Aber die Kanonen dröhnen weiter, so daß keine Grundfrage der inneren Angelegenheiten Südvietnams geregelt werden konnte. Die Provisorische Revolutionäre Regierung der Republik Südvietnam fordert mit Nachdruck, daß die Saigoner Verwaltung die Feuereinstellung in ganz Südvietnam unverzüglich und strikt durchführt.

Die Provisorische Revolutionäre Regierung der Republik Südvietnam schlägt vor:

– Die Regierungen der beiden südvietnamesischen Seiten veröffentlichen unverzüglich jede für die eigene Seite einen Appell gleichen Inhalts zur Feuereinstellung, in dem sie erneut ihre Verpflichtung bekräftigen, die Feuereinstellung zu respektieren, den Frieden in Südvietnam zu erhalten, die noch strittigen Fragen auf dem Verhandlungswege zu regeln und entsprechend Artikel 10 des Pariser Abkommens jeden bewaffneten Konflikt zu vermeiden, sie fordern alle administrativen Ebenen und militärischen Einheiten sowie die

einstellung in vollem Wortlaut über Rundfunk, Presse, Nachrichtenagenturen u. a. Informationsmittel veröffentlichen.

– Die beiden südvietnamesischen Seiten werden die Internationale Kontroll- und Überwachungskommission für das Abkommen über die Feuereinstellung informieren und ihr jede Hilfe und erforderliche Zusammenarbeit gewähren, damit diese ihre Kontroll- und Überwachungsaufgaben bei der Einhaltung der Feuereinstellung wirksam erfüllen kann.

und § 8 des Gemeinsamen Kommuniqués vom 13. 6. 1973 muß die Saigoner Verwaltung die Freilassung aller vietnamesischen Zivil- und Militärpersonen, die sie noch gefangenhält, unverzüglich fortsetzen. Sie muß die Freilassung der Personen gewähren, die zu politischen Kräften gehören, die keiner Seite angehören, und muß deren Sicherheit gewähren, damit sie frei zu ihren Familien und Organisationen zurückkehren können, ganz gleich, ob sich die entsprechenden Orte in dem Gebiet der einen oder der anderen Seite befinden.



Am 7. November 1973 bombardierte die Saigoner Luftwaffe die Stadt Loc Ninh in den befreiten Gebieten und zerstörte dabei auch das Krankenhaus.

Polizei, die ihnen jeweils unterstehen, auf, die Feuereinstellung strikt zu respektieren und den Frieden zu erhalten.

– Die Oberkommandos der beiden südvietnamesischen Seiten geben an alle regulären und irregulären bewaffneten Kräfte sowie die bewaffneten Polizeieinheiten, die ihnen unterstehen, einen Befehl gleichen Inhalts zur Feuereinstellung und verpflichten sie,

zu einem vereinbarten Datum und zur vereinbarten Stunde in ganz Südvietnam die Feindseligkeiten vollkommen einzustellen und die entsprechenden Bestimmungen über die Feuereinstellung im Pariser Abkommen, im Protokoll über die Feuereinstellung und die Gemischten Militärkommissionen und im Kommuniqué vom 13. 6. 1973 gewissenhaft anzuwenden.

– Die beiden südvietnamesischen Seiten werden zum gegebenen Zeitpunkt diese Appelle und Befehle zur Feuer-

Die beiden Seiten werden auch gemeinsam oder getrennt die Signatarseiten der Akte der Internationalen Konferenz über Vietnam sowie den Generalsekretär der UNO über die vereinbarte Feuereinstellung informieren.

2. Freilassung des gesamten inhaftierten vietnamesischen Zivil- und Militärpersonals

Gegenwärtig werden noch immer über 200 000 Zivilpersonen, darunter auch Persönlichkeiten der Provisorischen Revolutionären Regierung und der dritten politischen Kraft, sowie über 15 000 Militärpersonen der Republik Südvietnam, die vor dem 28. 1. 1973 gefangen genommen wurden, festgehalten und den unmenschlichsten Behandlungen in den Gefängnissen der Saigoner Verwaltung ausgesetzt.

Laut Artikel 8 des Pariser Abkommens

Die beiden Seiten übergeben gegenseitig alle Militär- und Zivilpersonen, die seit dem 28. 1. 1973 festgenommen und gefangengehalten werden.

Die Freilassung aller festgehaltenen Zivil- und Militärpersonen soll innerhalb von drei Monaten erfolgen, spätestens bis zum 30. 6. 1974.

Gemäß Artikel 8 des Protokolls über die Übergabe von gefangengenommenem Personal muß die Saigoner Verwaltung die Folterungen, Massaker, unmenschlichen Behandlungen gegenüber noch festgehaltenen Personen sofort einstellen, das Bestrafungssystem revidieren, das durch eine extreme Barbarei gekennzeichnet ist, und es den nationalen Gesellschaften des Roten Kreuzes, die von beiden Seiten akzeptiert werden, ermöglichen, alle Gefangenenlager zu besuchen, und das sofortige Einverständnis für die Überprüfung der fraglichen Orte geben.

3. Unverzügliche und vollständige Gewährleistung der demokratischen Freiheiten für die Bevölkerung

In den von der Saigoner Verwaltung kontrollierten Gebieten befinden sich alle Schichten der Bevölkerung in der Gewalt eines Unterdrückungsregimes, das alle demokratischen Freiheiten mit Füßen tritt. Die Saigoner Verwaltung muß unverzüglich die Konzentrationslager beseitigen, jede Art der Unterdrückung beenden, alle Maßnahmen zur Zwangsansiedlung, alle undemokratischen Gesetze und alle Maßnahmen aus den Kriegzeiten, die dem Geist und Buchstaben des Abkommens widersprechen, aufheben.

Gemäß Artikel 11 des Abkommens und § 9 des Gemeinsamen Kommuniqués werden die beiden südvietnamesischen Seiten

– voranschreiten zur Verwirklichung der nationalen Versöhnung und Eintracht, den Haß tilgen, alle Repressalien und Diskriminierungen gegenüber Personen und Organisationen, die mit der einen oder anderen Seite zusammengearbeitet haben, verbieten;

– der Bevölkerung die demokratischen Freiheiten garantieren: Freiheit der Personen, Meinungsfreiheit, Pressefreiheit, Versammlungsfreiheit, Organisationsfreiheit, Freiheit für politische Aktivitäten, Glaubensfreiheit, Bewegungsfreiheit, Freiheit der Wahl des Wohnsitzes, Freiheit der Wahl der Arbeit und der Existenzmittel, Recht auf Privateigentum und Freiheit des Unternehmertums.

Nur mit der Verwirklichung der nationalen Eintracht und Versöhnung und der vollen Gewährleistung der demokratischen Freiheiten für die Bevölkerung kann der Nationale Rat der Nationalen Eintracht und Versöhnung schnell gebildet werden und wirksam arbeiten, können allgemeine, wirklich freie und demokratische Wahlen durchgeführt werden, können alle Bürger, alle politischen und konfessionellen Strömungen, alle gesellschaftlichen Organisationen in Südvietnam im echten Geist der nationalen Versöhnung und Eintracht ihre Kraft und ihr Talent dem Wiederaufbau des Landes in Frieden widmen.

4. Schnelle Bildung des Nationalen Rates der Nationalen Eintracht und Versöhnung

Bisher sind alle Verwaltungen, die sich in Saigon ablösen, amerikanischer Herkunft. Diese Verwaltungen unterscheiden sich durch das Ausmaß ihrer diktatorischen, kriegslüsternden und faschistischen Politik, ihre Abhängigkeit von den Vereinigten Staaten und ihre

Tätigkeit, die den höchsten Interessen der Nation und den gerechten Wünschen der Bevölkerung widerspricht. Durch das Pariser Abkommen über Vietnam haben sich die Vereinigten Staaten verpflichtet, das Recht der Selbstbestimmung der Bevölkerung Südvietnams zu respektieren und dieser keine politische Tendenz bzw. Person aufzuzwingen und die Existenz von zwei Verwaltungen, zwei Armeen, zwei Kontrollgebieten und drei politischen Kräften in Südvietnam anzuerkennen. Die dritte politische Kraft, die aus Organisationen und Persönlichkeiten unterschiedlicher politischer und konfessioneller Strömungen besteht, die auf keiner der beiden Seiten stehen und dem Abkommen zustimmen und die gegenwärtig in Südvietnam oder im Ausland leben, ist eine reale Tatsache. Im letzten Jahr hat die Saigoner Verwaltung mit allen Tricks versucht, die Existenz dieser dritten politischen Kraft zu negieren, und sie hat die Zwangs- und Repressionsmaßnahmen gegen sie verstärkt. Sie hat nicht nur zahlreiche Personen dieser politischen Kraft in Haft gehalten, sondern auch andere eingekerkert. Die dritte politische Kraft ist jedoch aktiv geblieben und leistet ihren Beitrag zum gemeinsamen Kampf der Bevölkerung für Frieden, Unabhängigkeit, Demokratie und nationale Versöhnung und Eintracht. Diese Kraft muß eine würdige Rolle im gegenwärtigen und zukünftigen politischen Leben in Südvietnam spielen.

Die Provisorische Revolutionäre Regierung der Republik Südvietnam schlägt eine baldige Bildung des Nationalen Rates der Nationalen Eintracht und Versöhnung, bestehend aus drei gleichen Teilen, vor, spätestens drei Monate nach dem Inkrafttreten des oben genannten Appells und des Befehls zur Feuereinstellung.

Jede südvietnamesische Seite wird ihre Vertreter in den Rat delegieren. Die Vertreter der dritten Komponente werden nach dem Prinzip, daß die dritte politische Kraft im Rat eine unabhängige und gleichberechtigte Stimme und Position besitzt, delegiert. Entsprechend diesem Prinzip werden beide südvietnamesischen Seiten eine gemeinsame Erklärung oder getrennte Erklärung gleichen Inhalts abgeben, in der ihre Bereitschaft zum Ausdruck gebracht wird, daß sie sich im Geiste der nationalen Versöhnung und Eintracht, der Gleichberechtigung und gegenseitigen Achtung mit Organisationen bzw. Persönlichkeiten der dritten politischen Kraft konsultieren werden, um den Rat zu bilden.

Gleich nach seiner Bildung wird der Nationale Rat der Nationalen Eintracht und Versöhnung alle seine Bemühungen auf die Verwirklichung der Aufgaben konzentrieren, die Einhaltung des Abkommens, die Verwirklichung der nationalen Versöhnung und Eintracht, die Gewährleistung der demokratischen Freiheiten, die Organisierung der all-

gemeinen Wahlen und die Festlegung der Regeln und Formalitäten für die Durchführung der allgemeinen und örtlichen Wahlen entsprechend den Bestimmungen des Artikels 12b des Abkommens durch beide südvietnamesische Seiten zu fördern.

5. Durchführung wahrhaft freier und demokratischer allgemeiner Wahlen

Bisher wurden alle Wahlen unter dem Saigoner Regime von den USA inspiriert. Das waren falsche Wahlen, „Eiņpersonen“-Farce ohne jeglichen Wert. Entsprechend dem Pariser Vietnamabkommen wird die südvietnamesische Bevölkerung durch wahrhaft freie und demokratische allgemeine Wahlen unter internationaler Überwachung über die politische Zukunft Südvietnams entscheiden. Wahrhaft freie und demokratische allgemeine Wahlen können nur unter Bedingungen des Friedens, der nationalen Versöhnung und Eintracht und bei Gewährleistung der demokratischen Freiheiten der Bevölkerung durchgeführt werden.

Das Datum für die Durchführung der allgemeinen Wahlen wird vom Nationalen Rat der Nationalen Eintracht und Versöhnung festgelegt. Die Provisorische Revolutionäre Regierung der Republik Südvietnam schlägt ihrerseits vor, die allgemeinen Wahlen spätestens ein Jahr nach Bildung des Rates durchzuführen.

Durch die allgemeinen Wahlen wählt die südvietnamesische Bevölkerung eine konstituierende Versammlung, die eine Verfassung ausarbeiten wird, die den Wünschen der Bevölkerung entspricht und die die offizielle Regierung Südvietnams bilden wird.

6. Lösung der Frage der bewaffneten Kräfte

Im Dienste der neokolonialistischen Pläne der USA und ihrer egoistischen Interessen benutzte und benutzt die Saigoner Verwaltung ihre bewaffneten Kräfte zur Verletzung des Pariser Abkommens und zur Sabotage des Friedens. Sie verstärkt die Zwangsrekrutierungen von Soldaten und setzt ihre Armee für Verbrechen gegen das Volk ein, während sich die große Mehrheit der Saigoner Soldaten nach Frieden sehnt, um an ihren Herd und zu ihrer Arbeit zurückkehren zu können.

Die Saigoner Verwaltung muß auf ihre kriegslüsterne Politik verzichten und gewährleisten, daß ihre bewaffneten Kräfte das Abkommen strikt einhalten, die Feuereinstellung respektieren und alle Anschläge auf Leben und Gut der Bevölkerung einstellen.

Gemäß dem Abkommen werden beide südvietnamesischen Seiten die Fragen der bewaffneten Kräfte im Geiste der

nationalen Versöhnung und Eintracht, der Gleichberechtigung und gegenseitigen Achtung, ohne fremde Einmischung und in Übereinstimmung mit der Nachkriegssituation lösen. Sie werden Vereinbarungen über eine angemessene Verminderung der Zahl der Soldaten und deren Demobilisierung treffen, um die Lasten für die Bevölkerung zu vermindern und menschliche und materielle Kräfte für den friedlichen Aufbau zur Verfügung zu stellen.

Nach den allgemeinen Wahlen und nach der Gründung der Regierung wird eine einheitliche südvietnamesische Armee für den Schutz des Friedens, der Unabhängigkeit und der Souveränität Südvietnams und im Dienste der Interessen des Volkes gebildet.

Um zu ermöglichen, daß die Bevölkerung von Südvietnam Frieden und nationale Eintracht verwirklichen kann, müssen die Vereinigten Staaten ihr militärisches Engagement und ihre Einmischung in die inneren Angelegenheiten Südvietnams völlig einstellen und auf die Benutzung der Saigoner Verwaltung als Instrument für die gewaltsame Errichtung des Neokolonialismus in Südvietnam und für die Verewigung der Spaltung Vietnams verzichten. Die Saigoner Verwaltung muß den Weg des Krieges verlassen und die Verletzungen des Pariser Abkommens sowie die Sabo-

tage des Friedens einstellen. Sie muß die genannten konstruktiven Vorschläge der Provisorischen Revolutionären Regierung der Republik Südvietnam genauestens anwenden. Wenn die Vereinigten Staaten und die Saigoner Verwaltung weiterhin den Weg der Verletzung des Abkommens und der Sabotage des Friedens gehen, müssen sie die volle Verantwortung für alle sich daraus ergebenden Folgen tragen.

Das vietnamesische Volk ist ein Volk, das ernsthaft nach Unabhängigkeit, Freiheit und wahrhaftem Frieden strebt, es ist ein Volk von menschlicher Größe.

Es ist für unser Volk Tradition, entschlossen jeglichen feindlichen Aggressor aus dem Lande zu vertreiben und die inneren Angelegenheiten auf dem Weg des Friedens und der nationalen Eintracht zu lösen.

Die Provisorische Revolutionäre Regierung der Republik Südvietnam ruft alle Schichten der Bevölkerung auf, alle politischen und konfessionellen Strömungen in Südvietnam, einschließlich die Angehörigen der Saigoner Verwaltung und Armee, die den Frieden und nationale Eintracht wünschen, ihre Einheit zu festigen und den Kampf zu verstärken, um jeden Versuch der USA und der Saigoner Verwaltung, den Krieg fortzusetzen, den Haß zu schüren und das Volk zu spalten, zu unterbinden.

Laßt die kriegslüsternden Kräfte, die Werkzeuge der USA, deutlich erkennen, daß sie sich dem Willen des Volkes nicht widersetzen können! Vereinigt eure Kräfte, damit die genannten sechs Punkte angewandt, das Pariser Abkommen über Vietnam korrekt eingehalten und der Frieden und die nationale Eintracht im ganzen geliebten Vietnam verwirklicht werden!

Die Provisorische Revolutionäre Regierung ist fest davon überzeugt, daß die Regierungen der Bruderländer und der befreundeten Länder, die internationalen demokratischen Organisationen, alle den Frieden und die Gerechtigkeit liebenden Völker der Welt, darunter die fortschrittlichen Menschen in den USA, ihre Unterstützung für den gerechten Kampf der südvietnamesischen Bevölkerung weiter verstärken werden und von den USA und der Saigoner Verwaltung die strikte Einhaltung des Pariser Abkommens über Vietnam und des Gemeinsamen Kommuniqués vom 13. 6. 1973 fordern, damit die südvietnamesische Bevölkerung ein friedliches, unabhängiges, demokratisches, neutrales und blühendes Südvietnam aufbauen und zur friedlichen Wiedervereinigung des Landes gelangen kann.

Südvietnam, 22. März 1974

Angola / Guinea-Bissau / Moçambique

Alfons I. Bresche

Bericht von der Osterkonferenz

An der diesjährigen Konferenz zur Koordination der Solidaritätsbewegung mit den Befreiungsbewegungen MPLA, PAIGC und FRELIMO in Oxford vom 13. bis 15. April 1974 nahmen Delegierte von 40 Organisationen aus 20 Staaten teil. Ein wesentliches Merkmal dieser Konferenz war die Anwesenheit von Delegationen oder Beobachtern aus den sozialistischen Ländern (Bulgarien, CSSR, DDR, UdSSR, Ungarn); sie reflektierte die wachsende Einsicht der AGM-Solidaritätsbewegung in den kapitalistischen Staaten, daß es die sozialistischen Staaten sind, die einen erheblichen Beitrag zum Befreiungskampf der Völker Angolas, Guinea-Bissaus und Mozambiques leisten.

Von zentralem Interesse für die Konferenzteilnehmer waren die Berichte der Repräsentanten der Befreiungsbewegungen MPLA, PAIGC und FRELIMO über den Stand des antiimperialistischen Kampfes in den portugiesischen Kolonien.

Neben den Ausführungen der MPLA-Vertreter

über erfolgreiche Angriffe auf wichtige Positionen des Gegners (z.B. auf die wegen ihrer Erdölvorkommen strategisch bedeutsame Enklave Cabinda) und über die wachsende Militanz der schwarzen Arbeiterklasse in den Städten Angolas waren es insbesondere die Berichte der PAIGC- und FRELIMO-Vertreter, die von den Konferenz-Teilnehmern mit großer Aufmerksamkeit verfolgt wurden.

Zweifellos konnte der PAIGC-Vertreter die ermutigendste Darstellung über den Stand des von der PAIGC geführten Befreiungskampfes geben: Nach der Unabhängigkeitserklärung Guinea-Bissaus vom 24.9.1973 verfügt der Gegner nur noch in den Städten über Stützpunkte; die wesentlichen Aufgaben der Befreiungsbewegung haben sich auf den sozio-kulturellen und wirtschaftlichen Bereich verlagert, auf den Aufbau des Erziehungs- und Gesundheitswesens, auf die Entfaltung der Produktivkräfte im agrarischen Bereich und die Entwicklung der ökonomischen Basis für den Aufbau einer Leichtindustrie.

Guinea-Bissau, das inzwischen von 84 Staaten völkerrechtlich anerkannt ist, wird sich noch in diesem Jahr für den Beitritt in die UNO bewerben. Nach Aussagen des PAIGC-Vertreters liegen Zusagen von US-Regierungs-Vertretern vor, sich Guinea-Bissaus Aufnahme in die UNO nicht entgegenzustellen. Gleichwohl warnte der PAIGC-Vertreter vor Illusionen: Solange der Feind sein ehemaliges Kolonialgebiet noch nicht völlig geräumt hat, besteht auch in Guinea-Bissau die Gefahr, daß die portugiesische Kolonialmacht versucht, mit Unterstützung ihrer westlichen Bündnispartner eine neokoloniale Lösung durchzusetzen. Das Volk von Guinea-Bissau rechne daher - insbesondere vor dem Hintergrund einer sich abzeichnenden politischen Umgruppierung innerhalb der herrschenden Klasse Portugals - mit der aktiven Unterstützung durch die konsequent antiimperialistische Solidaritätsbewegung gerade in den imperialistischen Hauptstaaten. Eine wesentliche Aufgabe dieser Solidaritätsbewegung sah der PAIGC-Vertreter in dem Eintreten für die schnelle völkerrechtliche Anerkennung Guinea-Bissaus als gleichberechtigten, souveränen und unabhängigen Staat.

Der FRELIMO-Vertreter konnte darauf verweisen, daß die innere Front Mozambiques sich weiter nach Süden verschoben hat und der Tag in greifbare Nähe gerückt sei, an dem die FRELIMO die südafrikanische Grenze im Süden Mozambiques erreicht. Den Kolonialisten konnten schwere Schläge versetzt werden. So können die Ost-West-Verbindungen, d.h. die Straßen und Eisenbahnlinien, vom Gegner nicht mehr schadlos benutzt werden, weil sie größtenteils vermint und vor den militärischen Operationen der Befreiungsbewegung nicht mehr sicher sind. Die Anlieferungen von Baumaterialien zum Cabora-Bassa-Projekt müssen daher auf dem Luftwege durchgeführt werden; dadurch hat sich der Fertigstellungstermin für die einzelnen Bauabschnitte verzögert und sind die Erstellungskosten beträchtlich angestiegen. Die Befreiungsfront konnte nicht nur ihre Position in den von ihr kontrollierten Gebieten festigen und nach Süden verschieben. Darüber hinaus ist es ihr gelungen, unter der weißen Bevölkerung Fuß zu fassen und weiterhin Kontakt zu halten zu den von den Portugiesen in den sogenannten strategischen Dörfern zwangsangesiedelten Afrikanern. Diese Erfolge der FRELIMO sowie der Fehlschlag der Autonomiepolitik Caetanos lassen nach Ansicht der FRELIMO-Vertreter die eher pragmatisch operierende Gruppe der herrschenden Klasse Portugals und Teile der einheimischen Siedlerbourgeoisie Mozambiques in Verbindung mit kleinbürgerlichen Elementen der afrikanischen Bevölkerung in Mozambique nach neokolonialen Lösungen su-

chen.

Aus solchen Tendenzen ergeben sich nach Auffassung der an der Konferenz teilnehmenden Vertreter der Befreiungsbewegungen neue Aufgaben für die internationalen Solidaritätsbewegungen hinsichtlich der Informationsarbeit, der ideologischen Auseinandersetzung und der Bekämpfung aller Spielarten imperialistischer Befriedungsstrategien. Insbesondere wies der PAIGC-Vertreter darauf hin, daß die Befreiungsbewegungen eine flexiblere portugiesische Politik, die den neokolonialen Vorschlägen General Spinolass folgt, konsequent und verstärkt bekämpfen würden. Programm und Person Spinolass stellen für die Befreiungsbewegungen den Versuch dar, die alten Ziele kolonialer Ausbeutung und Unterdrückung mit neuen Mitteln durchzusetzen.

Die Konferenzteilnehmer versicherten, den Kampf von MPLA, PAIGC und FRELIMO als den einzigen authentischen nationalen Befreiungsbewegungen in Angola, Guinea-Bissau und Mozambique weiterhin umfassend und bedingungslos zu unterstützen. In der breiten Mobilisierung der Bevölkerung ihrer Länder für die konsequente Unterstützung der Befreiungsbewegungen und in dem Kampf gegen jede Form der Kollaboration der imperialistischen Staaten mit Kolonialismus, Neokolonialismus und Rassismus in Afrika sahen die Delegierten einen wesentlichen und notwendigen Beitrag zum erfolgreichen Kampf der Völker Angolas, Mozambiques und Guinea-Bissaus gegen alle Spielarten nationaler Unterdrückung und Ausbeutung.

Zu diesem Zweck beschloß die Konferenz, in der Woche vom 19. bis zum 25. September 1974 innerhalb einer internationalen Solidaritätswoche die Bevölkerung in den vertretenen einzelnen Ländern für die Solidarität mit den Befreiungsbewegungen und für die Anerkennung Guinea-Bissaus zu gewinnen. Das Datum wurde gewählt, weil in diese Woche der erste Jahrestag der Unabhängigkeitserklärung Guinea-Bissaus und der 10. Jahrestag der Aufnahme des bewaffneten Kampfes in Mozambique fällt.

Chile-Report der SI

ANZEIGE

SK - das sozialistische Nachrichtenmagazin veröffentlicht den Bericht über die Reise der Delegation der Sozialistischen Internationale unter der Leitung ihres Generalsekretärs Janitschek nach Chile. Die Delegation zieht aus den Erfahrungen dieser Reise die Schlußfolgerung, alle Mitgliedsparteien aufzufordern, jegliche Unterstützung für die faschistische Junta zu unterlassen.

Der Bericht erscheint im vollen Wortlaut als SK-Sonderdruck
Preis: Einzelexemplar 0,80 DM, ab 5 Exemplaren 0,50 DM

Bestellungen an:

W. Runge Verlag, 2 Hamburg 60, Postfach 606167

Kurzinformation

Iran-BRD

Im März d.J. lenkte die Hinrichtung von acht oppositionellen Intellektuellen in Teheran die Aufmerksamkeit der demokratischen Weltöffentlichkeit auf die Terror-Politik des Schah-Regimes, dessen Polizeikommandos innerhalb der letzten zwei Jahre 136 Todesurteile vollstreckten.

Am 1. Mai 1974 machte Teheran erneut von sich reden, als im Rahmen einer iranisch-westdeutschen "Investitionskonferenz" 33 gemeinsame Industrieprojekte im Werte von insgesamt 5,5 Mrd DM vereinbart wurden. Die BRD-Delegation umfaßte 107 Spitzenvertreter von 70 Konzernen und stand unter der Leitung von Bundeswirtschaftsminister Friderichs und dem Präsidenten des Bundes Deutscher Industrieller (BDI), Sohl. Die abgeschlossenen Verträge sehen vor, daß die Industrieprojekte - z.B. eine Erdölraffinerie, Stahl- und Walzwerke - von gemischten, iranisch-westdeutschen Konsortien (bei jeweils fünfzigprozentiger Kapitalbeteiligung) finanziert werden sollen. Auf westdeutscher Seite sind u.a. vertreten: Krupp, die Thyssen- und Korfgruppe, Daimler Benz, VEBA, Gelsenberg, Merck oder die westdeutschen Tochterunternehmen der Ölgiganten British Petroleum und Shell.

Nicht von Erfolg gekrönt waren die Bemühen des Schah-Regimes um den Bau eines - mit dem Erdölraffinerieprojekt direkt gekoppelten - petro-chemischen Werkes im Iran, da die westdeutschen Monopolvertreter gegen eine "langfristige Industrialisierungspolitik Irans... schier unüberwindliche Bedenken" mitbrachten (FAZ, 20.3.1974).

Die 'Attraktivität' des Iran für das Auslandskapital kommentierte die FAZ am 2.5.1974 folgendermaßen: "Iran hat Öl und Erdgas, das wir brauchen... Das gemeinsame Ziel der Konferenzparteien lautete: Deutsche Investitionen gegen iranisches Öl, wenn die Konditionen stimmen... Iran wird als das nahöstliche Land der unbegrenzten Möglichkeiten gesehen".

Noch deutlicher beschrieb der Stern die besondere Anziehungskraft des Iran für den westdeutschen Imperialismus: "Die deutschen Industriellen finden so bei ihrer Teheraner Konferenz ein Investitionsklima vor, wie es günstiger nicht sein kann:

Das Kaiserreich Iran als eine Insel der Ruhe in den Turbulenzen des Nahen und Mittleren Ostens, bewacht von einer starken, auf die Niederschlagung aller revolutionären Bewegungen ausgerichteten Armee. Das Zusammentreffen von Rohstoffen, billiger Arbeitskraft, enor-

men Steuervergünstigungen und - mit massiver Gewalt - aufrechterhaltener politischer Stabilität bietet dem ausländischen Kapital ein äußerst günstiges Arbeitsfeld; ein wesentlich günstigeres jedenfalls als in allen anderen Ölförderländern." (Der Stern, Nr.18/1974)

Ägypten

Während in den letzten Wochen das enge Bündnis Syriens mit der Sowjetunion in mehreren regierungsoffiziellen Gesprächen bekräftigt wurde, verschärfte die ägyptische Führung ihre antisowjetischen Angriffe - begleitet von einer "Abrechnung mit dem Nasserismus" und einer "Hinwendung Ägyptens zum Westen" (FAZ, 22.3. und 20.4.1974).

So agierte Ägypten als treibende Kraft bei der Aufhebung des arabischen Erdölboikotts gegen die USA. Staatspräsident Sadat sprach anlässlich des Brandt-Besuches in Kairo Ende April von einem "Wendepunkt" in den ägyptisch-westlichen Beziehungen.

Neben der umfassenden "Wiederbelebung" der einheimischen Privatwirtschaft beschloß die ägyptische Regierung "die Schaffung einer Freihandelszone mit optimalen Bedingungen für ausländische Kapitalinvestitionen" (DVZ, 11.4.1974).

In dem nun einsetzenden Wettlauf der imperialistischen Staaten und Monopole liegen die USA und die BRD augenblicklich vorn:

● "Die amerikanische Regierung will Ägypten Wirtschaftshilfe in Höhe bis zu 250 Mio US-Dollar geben, von denen rund 25 Mio zur Wiedereröffnung des Suezkanals dienen sollen" (FAZ, 25.4.1974). "Die amerikanische 'Chase Manhattan Bank' gewährt der Ägyptischen Erdölorganisation eine Anleihe von 80 Mio US-Dollar. Sie soll für die Finanzierung des Baus der Pipeline Suez-Alexandria genutzt werden." (ND, 1.5.1974).

● Anlässlich des Brandt-Besuches wurde in Kairo ein ägyptisch-westdeutsches "Investitionsschutzabkommen" erarbeitet und eine Erhöhung der BRD-Kapitalhilfe - sie betrug 1972 und 1973 bereits 160 Mio DM - seitens der Bundesregierung zugesichert. Außerdem soll der staatliche Fonds der Hermesbürgschaften für Investitionsvorhaben westdeutscher Monopole in Ägypten von 26 Mio DM auf 300 Mio DM erhöht werden (vgl. FAZ, 20.4. und 24.4.1974).

In dem von Präsident Sadat vorgelegten "Oktober-Papier", das durch eine Volksabstimmung am 15. Mai d.J. verabschiedet werden soll, erklärt die ägyptische Regierung u.a., daß "der Oktoberkrieg...den Lauf der Welt verändert" habe und "warum Amerika nun plötzlich mit positiven Merkmalen gesehen werden kann". Zu den von Sadat entwickelten "10 Geboten"

gehöre die erstrangige Aufgabe der "Liberalisierung" der Wirtschaft nach Innen und Außen durch eine "Politik der offenen Tür", wobei die "sozialisierten Unternehmen und Gesellschaften der Staatswirtschaft...reorientiert werden" sollen (FAZ, 13.5.1974).

Israel-Syrien

Die herrschenden Kreise Israels versuchen der politischen und sozialen Krise im Innern durch militärische Angriffsaktionen und durch Massenverhaftungen im okkupierten Westjordanien und im Gaza-Streifen zu begegnen.

Einem Kommuniqué der Palästinensischen Befreiungsfront (PLO) zufolge hielten die Besatzer allein in den ersten sechs Monaten dieses Jahres mehr als 10 000 arabische Arbeiter, Bauern und Intellektuelle in ihren Gefängnissen fest.

Die Kommunistische Partei Israels rief Ende April d.J. zu Solidaritätsaktionen mit den Opfern der neuen Verhaftungswelle auf, die sich in erster Linie gegen Mitglieder und Anhänger der im November 1973 in den okkupierten Gebieten gegründeten "Nationalen Palästinensischen Front" richte.

Während sich die Verhandlungen über ein syrisch-israelisches Abkommen zum Rückzug der israelischen Truppen von der Golanfront noch immer in die Länge ziehen, werden tagtäglich militärische Luft- und Bodenangriffe Israels auf syrisches und libanesisches Territorium gemeldet.

Bolivien

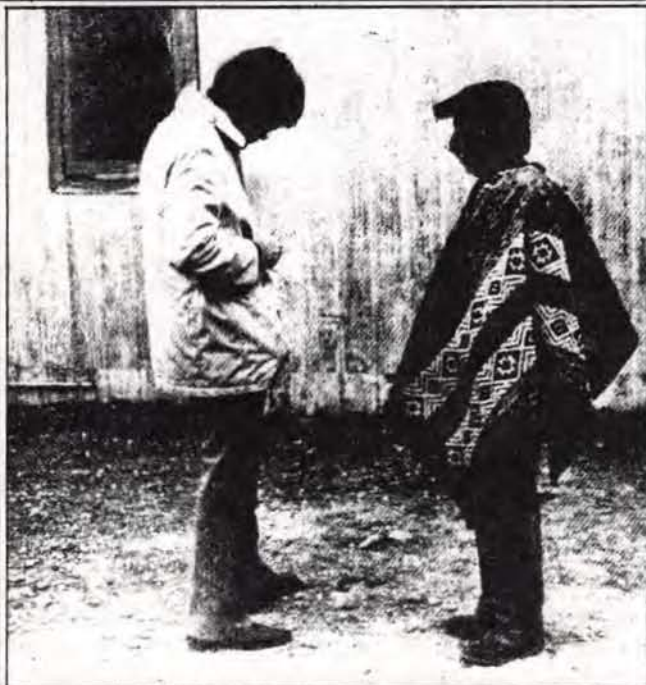
Anfang Mai d.J. gaben in Argentinien lebende bolivianische Exilpolitiker die Bildung einer gegen die Diktatur Banzers gerichteten Linksfront bekannt.

In einer Erklärung der Linksfront heißt es, sie wolle die "Institutionalisierung der Diktatur" in Bolivien bekämpfen.

Zu den Unterzeichnern dieser Erklärung gehören u.a. zwei ehemalige Präsidenten und ein Vizepräsident Boliviens: Es handelt sich um den Präsidenten Hernán Siles Zuazo, der von 1956 bis 1960 regierte, den von General Banzer 1971 gestürzten Präsidenten General Juan José Torrez und um den ehemaligen Vizepräsidenten Juan Lechín, der außerdem Vorsitzender des jetzt verbotenen Gewerkschaftsdachverbandes "Bolivianische Arbeiterzentrale" war.

Außerdem schließt die Bewegung Sozialisten und Kommunisten, Mitglieder des linken Flügel der Nationalistisch-Revolutionären Bewegung (MNR), deren rechter Flügel an der Regierung Banzers beteiligt ist, sowie verschiedene links orientierte Parteien Boliviens ein.

**Adressenänderung
rechtzeitig
bekanntgeben**



In AIB, Nr.6/74 bringen wir u.a. :

► CHILE-Bericht von KONRAD TIBURZI

Konrad Tiburzi (Bundesvorstandsmitglied des SHB und Vertreter des Internationalen Studentenbundes - ISB) hielt sich Ende April/Anfang Mai 1974 in Chile auf. Er berichtet über erschütternde Erlebnisse und Begegnungen in Santiago und dokumentiert anhand neuester Fakten und Daten die aktuelle wirtschaftliche, soziale, kulturelle und politische Situation im faschistisch regierten Chile dieser Tage. Konrad Tiburzi schildert die allgegenwärtige, zum Tagesablauf gehörenden Terroraktionen der Faschisten. Er beschreibt die desolate wirtschaftliche Lage und die schwindende soziale Basis der Militärjunta. Er berichtet über Manifestationen des passiven Widerstandes der Bevölkerung, über die Aktivitäten des chilenischen Widerstandes einschließlich kirchlicher Kreise. Und: K. Tiburzi vermittelt neue Anregungen für die westdeutsche Solidaritätsbewegung.

► FRELIMO/PAIGC/MPLA : Stellungnahmen zur "neuen Situation".

► VDR JEMEN : Dokument der Nationalen Front zur nichtkapitalistischen Entwicklung des Landes.